

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 212 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 9/2012 VOM 11. SEPTEMBER 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Sprayer gestalten
Sporthallenfassade**
Graffiti für den SV Medizin

10 | **Altanschließerbeiträge
kann es nicht geben – basta!**
Bundesrecht bricht Landesrecht

14 | **Gehäkelte
Erinnerung**
KZ-Außenlager Eisenspaltrei

Klientelpolitik, Hinterzimmermentalität und Intransparenz

Bernauer Stadtverordnete klagen an

Bernau (bbp). Die beiden Bernauer Stadtverordneten Klaus Labod (Bündnis 90/Die Grünen) und Carsten Schmidt (DIE LINKE) veröffentlichten Anfang September eine gemeinsame Erklärung. »Die Gesamtinteressen der Stadt Bernau und seiner Bürgerschaft«, heißt es dort, »sind immer weniger Ziel kommunalpolitischer Entscheidungen. Klientelpolitik, Hinterzimmermentalität und Intransparenz überwiegen zunehmend.«

Dies spiegele sich bei einer Vielzahl von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und einer Reihe von Verwaltungsentscheidungen wider.

So in »Entscheidungen der SVV zum Verzicht auf Straßenausbaubeiträge für einen kleinen Teil der Einwohnerschaft, die Entscheidungen zum Erwerb des Grundstücks Klementstraße 10 und deren weiterer Umgang damit, der Erwerb und die weitere Entwicklung des Hauses Bürgermeisterstraße 26, die Vergabe von Fördermitteln, die Investitionstätigkeit in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen sowie die jüngste Entscheidung zum Austritt der Stadt aus dem Wasser- und Abwasserverband (WAV) Panke Finow«.

Vieles davon sei bis heute selbst für die Stadtverordneten undurchsichtig geblieben. »Alle diese Entscheidungen wurden mit aus unserer Sicht fadenscheinigen Begründungen sowie ohne Betrachtung und Beachtung der Auswirkungen auf die städtische Entwicklung und den städtischen Haushalt in die SVV eingebracht und vom 'politischen Raum' (so die oft gewählte Formulierung von Bürgermeister Handke) 'abgesegnet'.«

Labod und Schmidt meinen, daß damit vor allem Einzelinteressen bedient würden und ein Interessenausgleich zwischen einzelnen Akteuren bedient werde. »Es werden im Ergebnis zu Lasten des städtischen Haushalts beachtlich hohe Kaufpreise vereinbart und gezahlt, enorme Investitionen geleistet sowie versucht, einzelne Betroffene ohne sachlichen Grund gleichheitswidrig finanziell zu entlasten.« Erst bei öffentlichem Widerstand würden im Nachhinein Begründungen erdacht.

»Wir wenden uns entschieden gegen diese Art von Kommunalpolitik«, erklären die beiden Kommunalpolitiker. Die verschiedenen Interessen der

Stadt- und Ortsteile sowie einzelner Einwohnergruppen müßten artikuliert werden. »Es muß dann aber bei den zu treffenden politischen Entscheidungen auch für die Öffentlichkeit jederzeit sichtbar sein, wer durch welche Entscheidungen welche Vorteile erlangt, wie diese Entscheidungen vorbereitet wurden und wer bei der Entscheidungsfindung im Vorfeld seine Interessen formuliert und sie letztlich durchgesetzt hat. Es darf zwischen den Akteuren keine undurchsichtigen Deals des Gebens und Nehmens geben, schon gar nicht hinter verschlossenen Türen.«

Labod und Schmidt »unterstellen den Beteiligten keine unlauteren Absichten«. Vieles hänge damit zusammen, daß sich die Akteure seit Jahrzehnten kennen. Die beiden mahnen einen »offenen politischen Wettbewerb der guten politischen Ideen, tatsächliche, ehrliche und für die Bürgerschaft weitgehend offene Diskussionen und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung« an. Es dürfe nicht wieder dazu kommen, daß so wichtige politische Entscheidungen wie der Austritt aus dem WAV »ohne rationale Argumente und auf Mutmaßungen basierend, ohne jegliche Diskussion mit der Einwohnerschaft und ohne einen Meinungsbildungsprozeß zu ermöglichen, einfach so die SVV passieren. Dies ist Ausdruck eines zutiefst vormundschaftlichen Umgangs mit der Bürgerschaft.«

Nur mit einem sachlichen und weitgehend offenen Dialog in der Bürgerschaft könne kommunale Demokratie funktionieren. »Wir wünschen uns in der Zukunft eine aktive, selbstbewußte Bürgerschaft, die nicht nur die Einwohnerfragestunde nutzt, sondern auch die ganze Palette der Möglichkeiten direkter Einflußnahme vom Bürgerhaushalt bis hin zum Bürgerentscheid nutzt.«

Foto: User:Dabelju, Wikimedia Commons, lizenziert unter CreativeCommons-Lizenz by-sa-2.0

Man kennt sich

Seit 1869 treffen sich die Esten aller fünf Jahre im Juni zum Üldlaulupidu, dem allseits beliebten Sängersfest auf dem Lauluväljak dem Liederplatz in der Bucht von Tallin, ihrer Hauptstadt. Bis zu dreißigtausend der besten Sänger stehen dann gemeinsam auf der Bühne vor bis zu dreihunderttausend Zuhörern, die natürlich mitsingen.

Fast jeder Este singt in einem oder mehreren Chören und beschäftigt sich intensiv mit dem Sängersfest. Die Sänger bereiten sich jahrelang auf die Veranstaltung vor. Kommissionen prüfen und wählen die besten Chöre aus. Auch ausländische Chöre dürfen mitsingen, wenn sie die Estenprüfung bestehen und die üü und ää an der richtigen Stelle betonen. Durch die grandiosen gemeinsamen Erlebnisse auf den Sängersfesten kennen sich alle Esten und reden miteinander über wichtige Dinge. Diese Sängersfeste haben wesentlich zur Herausbildung der estnischen Nation unter jahrhundertelanger Fremdherrschaft beigetragen.

Die neunhunderttausend Esten sind sehr stolz auf ihren kleinen, feinen Nationalstaat, den sie seit 1991 wohlüberlegt gestalten. Wer nach Estland fährt, kann das überall sehen und spüren. Die Esten gehen sehr respektvoll und achtsam mit einander, mit ihrem kulturellen Erbe, ihrer Umwelt und ihren wirtschaftlichen Grundlagen um. Esten sind ruhige kultivierte und höfliche Menschen, die gerne und ausgiebig feiern. In Estland gibt es gutes Bier und Brot, saubere Straßen, gepflegte Häuser und wettbewerbsfähige Betriebe. Man kann in Estland mittels Internet wählen und mit dem Handy die Parkgebühren entrichten. Estland ist ein kleiner Staat seit dem Jahre 2004 Mitglied in der Europäischen Union. Seit 2011 gilt der Euro und der moderne Staat hat kaum Schulden.

Die Esten hatten es eilig mit der europäischen Integration. Was treibt diese stolzen und selbstbewußten Esten freiwillig in das Bündnis der Europäischen Staaten, unter die Fittiche der Brüsseler Gesetze und die Knute der gemeinsamen Währung? In Anbetracht der langen Fremdherrschaft, der kurzen Unabhängigkeit und des gut funktionierenden Staatswesens ist das schon bemerkenswert. Die Esten kennen sich alle von den Sängersfesten und werden auch diese Entscheidung intensiv diskutiert haben. Irgendwie müssen für sie die Vorteile der Europäischen Union überwiegen, weil die Esten ihren schönen neuen Staat teilweise aufgeben. Das sind zunächst wirtschaftliche Gründe und der Schutz vor der Großmacht im Osten, aber auch die tiefe und lange Verbundenheit mit der europäischen Kultur und eine feste Überzeugung, daß ihre kulturelle Eigenheit zukünftig erhalten bleibt. Die Esten kennen sich alle und singen gemeinsam. Vielleicht sollten wir das auch probieren, denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Volksbegehren zu Nachtflugverbot

Bernau/Eberswalde (bbp). Bereits seit Juni und noch bis zum 3. Dezember läuft das Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER). Für den Erfolg des Volksbegehrens sind bis zum 3. Dezember 80.000 Unterschriften stimmberechtigter Brandenburgerinnen und Brandenburger ab 16 Jahren erforderlich.

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann, teilte ihr Wahlkreisbüro in Bernau kürzlich mit, hat vor kurzen das Volksbegehren unterzeichnet. Sie ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich mit ihrer Unterschrift für ein Nachtflugverbot am BER von 22 bis 6 Uhr einzusetzen. Das Quorum von 80.000 ist sehr anspruchsvoll. Dagmar Enkelmann, die sich von Anfang für ein konsequentes Nachtflugverbot am BER eingesetzt hat, appelliert deswegen: »Jede Unterschrift zählt!«

Die Unterschriften können in den jeweiligen Einwohnermeldeämtern der Städte, Gemein-

den und Ämter geleistet werden. Dort liegen die Unterlagen einschließlich der Eintragungslisten aus. Es besteht auch die Möglichkeit seine Eintragung per Brief.

Eberswalder Bürgerinnen und Bürger können das nötige Antragsformular von der städtischen Internetseite (www.eberswalde.de/Volksbegehren.2561.0.html) herunterladen und dann per eMail oder Fax (03334/64159) an das Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Eberswalde schicken. Weitere Informationen zum Volksbegehren und dem damit verbundenen Verfahren sind im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde Nr. 5, vom 14. Mai 2012, S. 2-3 veröffentlicht.

Ist das Begehren erfolgreich, muß sich der Landtag Brandenburg erneut mit einem gesetzlichen Nachtflugverbot befassen. Sollte dieses abgelehnt werden, steht den Initiatoren die nächste und letzte Stufe – der Volksentscheid – offen.

Workshops für Erinnerungskonzept

Eberswalde (prest-ew). Im Jahr 1990 wurde Amadeu Antonio, Vertragsarbeiter aus Angola, in Eberswalde ermordet. Dieses rassistische Verbrechen ist Teil der Stadtgeschichte.

Vieles wurde in den Jahren danach gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit unternommen. Der Tod von Amadeu Antonio bleibt dabei die stete Erinnerung, im Bemühen für ein tolerantes Eberswalde und ein friedvolles Miteinander nicht stehen zu bleiben.

Seit einiger Zeit wird die Frage kontrovers diskutiert, wie Eberswalde weiterhin Amadeu Antonios gedenken könnte. Alle Interessierten sind eingeladen, die Frage eines würdigen Erinnerung für die Zukunft zu diskutieren. Dazu bietet sich im Rahmen von zwei Workshops im September die Möglichkeit. Die erste Runde am Montag, den 17. September soll genutzt werden, die verschiedenen Erwartungen auszu-

tauschen. Am darauf folgenden Montag, den 24. September, wird es darum gehen, konkrete Maßnahmen für das Erinnern an Amadeu Antonio zu entwickeln. Die Workshops beginnen jeweils um 17 Uhr im großen Saal des Tourismuszentrums im Familiengarten.

Die Ergebnisse beider Workshops und eine Würdigung der Diskussionen werden dann in ein Erinnerungskonzept einfließen, das von der Stadtverwaltung im Oktober 2012 erarbeitet und dann der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird.

Für eine Teilnahme an den Workshops wird um eine Anmeldung gebeten bis zum 13. September 2012 per Mail an: erinnerung@eberswalde.de.

Nähere Informationen erteilt das Kulturamt der Stadt Eberswalde, Dr. Stefan Neubacher: 03334-64410, s.neubacher@eberswalde.de.

Hundezählung

Eberswalde (prest-ew/bbp). Seit Ende August sind Mitarbeiter der Firma Springer Kommunale Dienste GmbH in der Stadt unterwegs. Sie befragen bis Ende Oktober alle Haushalte, ob Hunde gehalten werden. Sie tragen sichtbar eine von der Stadt ausgestellte Legitimation und werden die Wohnungen nicht betreten und nichts vor Ort kassieren. Falls nicht gemeldete Hunde festgestellt werden, müssen die Halter mit einer rückwirkenden Steuerfestsetzung rechnen. Zudem kann es Bußgelder bis zu 5.000 Euro geben. Daher wird empfohlen, die Tiere schnellstens anzumelden (Sachgebiet Steuern, Rathaus Zi. 106, Tel. 03334/64221). Die jährliche Hundesteuer beträgt derzeit 60 Euro für einen Hund. Insgesamt wird davon ausgegangen, daß in der Stadt bis zu 15 Prozent der Hunde nicht angemeldet sind.

Auf den Hund gekommen

Es geht tierisch zu in Eberswalde. Laut MOZ steht das dritte Eberswalder Hundefest am 30. September erstmals unter dem Motto: »Eberswalde – bunt, weltoffen, Gäste international«. Die Organisatorin Karin Nicodem erwartet wohl Afghanen, Chihuahua, Affenpinscher, Malteser und Neufundländer. Die Attribute bunt und weltoffen werden gern benutzt, um zu bekunden, daß in Eberswalde Zugewanderte willkommen sind, und Verschiedenheit kein Problem ist. Und die Präambel zum Antirassismuskonzept der Stadt Eberswalde titelt: Eberswalde versteht sich als eine weltoffene Stadt.

Die »Utopie eines nicht rassistischen Gemeinwesens« (siehe Präambel zum Antirassismuskonzept) wird nun auf dem Marktplatz mit einer Hunderassenschau garniert.

HANS NOBODNY

Landrat Bodo Ihrke:

»Jeder bekommt einen Ausbildungsplatz«

Bildungseinrichtung Buckow feierte 20. Geburtstag



Eberswalde (bbp). Kürzlich feierte die Bildungseinrichtung Buckow ihr 20-jähriges Bestehen. Beim Festakt war auch Barnims Landrat Bodo Ihrke zugegen. Er sagte: »Wir haben uns auf die Fahne geschrieben, daß im Landkreis jeder einen Schulabschluss erreicht und einen Ausbildungsplatz erhält«. In diesem Zusammenhang sei die Bildungseinrichtung Buckow »eine Erfolgsgeschichte«. In Eberswalde betreibt der gemeinnützige Verein u.a. das Bildungszentrum

in der Spreewaldstraße (Foto). Neben Angeboten zur beruflichen Weiterbildung gibt es hier die Allgemeine Sozialberatung und eine spezielle Suchtberatung. Diese Beratungsstellen bieten u.a. Hilfe und Unterstützung bei Überschuldung, drohender Obdachlosigkeit, beim Umgang mit Krankenkassen und Behörden infolge gesundheitlicher Problemen sowie bei familiären oder allgemeinen persönlichen Problemen aufgrund sozialer Ursachen.

Verfassungsgerichtsurteil zügig umsetzen

Das Bundesverfassungsgericht hat am 18. Juli 2012 ein vorhersehbares Urteil verkündet. Danach sind die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz grundgesetzwidrig. Das Gericht stellte klar, daß die Menschenwürde nicht teilbar ist. Asylbewerber haben Anspruch auf das physische und soziokulturelle Existenzminimum, wie es auch Leistungsbeziehern von »Hartz IV« zusteht. Als Sofortmaßnahme wurden rückwirkend ab 2011 deutlich erhöhte Sätze festgeschrieben. Gleichzeitig wurde dem Gesetzgeber eine verfassungsgemäße Neuregelung aufgegeben.

Nach Aussage der Kreisverwaltung bemüht sich der Landkreis Barnim, die Leistungen zum 1. August entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes anzuheben.

Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt das Bemühen und erwartet vom Landkreis die zügige Umsetzung. Grüne/B90 gehen davon aus, daß die Kreisverwaltung auch die Rückwirkung des Urteils berücksichtigt und die entsprechenden Nachzahlungen aus dem Jahr 2011 an die Betroffenen unverzüglich gewährt.

Das Land Brandenburg fordern Bündnis 90/Die Grünen auf, die Modalitäten der Auszahlung schnellstmöglich klarzustellen und die entsprechenden Zahlungen an den Landkreis umgehend zu leisten.

Die Barnimer Bündnisgrünen kritisieren, daß Kindern von Asylbewerbern die Teilhabe

am Bildungspaket der Bundesregierung bisher verwehrt ist. Nach dem Verfassungsgerichtsurteil wird auch hierzu eine Korrektur überfällig. Der Landkreis soll nach Wegen suchen, diesbezüglich die Gleichstellung aller Kinder zu gewährleisten.

In einem Bericht der Landesregierung an den Landtag zu den Bedingungen in den Asylbewerberheimen in Brandenburg vom Januar des Jahres erscheint der Landkreis Barnim als eines der schlechtesten Beispiele. Das Asylbewerberheim in Althüttendorf befindet sich außerhalb städtischer Ansiedlung, abseits einer Bebauung. Es erschwert eine Teilhabe der Asylbewerber am gesellschaftlichen Leben. Bündnis 90/Die Grünen drängen deshalb darauf, der Empfehlung des Berichtes zu folgen und den Standort zu verändern. Die Betroffenen sollten, möglichst bereits vor Vertragsende mit dem jetzigen Betreiber im Jahr 2015, in der Stadt, überwiegend in Wohnungen, untergebracht werden.

STEFAN BÖHMER, Kreissprecher

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

Schließung auf Raten?

»Webers Ablage«, das ist die Kurzbezeichnung für ein kleines Pflegeheim für alte und kranke Menschen. Das Heim ist in einer verkehrsgünstig gelegenen, sanierten Villa am Finowkanal im Stadtteil Finow untergebracht. Es ist beliebt, die etwa zwanzig Heimbewohner fühlen sich wohl. Sie werden gut betreut.

Nun stellten Behörden fest, daß die Ausstattung nicht alle neuesten Standards erfüllt. Es gibt z.B. auch Zweibettzimmer und nicht jedes Zimmer hat einen eigenen Sanitärteil. Zudem fehlt ein Aufzug. Es muß also gebaut werden, was etwa eine Million Euro kosten soll. Die wollte der Landkreis, bisher Eigentümer und Betreiber des Heims, nicht aufbringen und deshalb das Heim privatisieren. Den Zuschlag unter drei Bewerbern erhielt die Firmengruppe Burchard Führer, die bereits ein Heim in Pantetal betreibt. Erklärtes Ziel sind bessere Bedingungen für die Heimbewohner und für das Pflegepersonal und Kosteneinsparungen für Investitionen und Personal beim Kreis.

Noch bevor das Heim am 1. September auf den neuen Eigentümer und Betreiber übergang, stellte sich folgendes heraus: Den Pflegekräften wurden neue Arbeitsverträge angeboten, die sie wesentlich schlechter stellen als bisher. Sie sind sich einig, daß keiner bleibt. Herr Führer will offenbar das Heim mit schlechter entlohnten Kräften betreiben, die er nun neu einstellen muß. Einen Betriebsübergang nach § 613a BGB lehnt Herr Führer ab.

Daraus ergibt sich nun eine Verschlechterung der Bedingungen für die Heimbewohner, die sich an neue Pflegekräfte gewöhnen müssen, die zudem schlecht bezahlt sind, und die den Umbau bei laufendem Betrieb ertragen müssen. Den bisherigen Pflegekräften – alle examinierte Altenpfleger – müssen neue, artfremde Aufgaben in der Verwaltung übertragen werden, für die sie natürlich erst zu qualifizieren sind. Der Kreis hat keine Einsparungen an Personalkosten. Die erklärten Ziele werden voraussichtlich nicht erreicht.

Es stellt sich die Frage, ob die Entscheidung für die Unternehmensgruppe Führer richtig war. Für die Heimbewohner und die Pflegekräfte war sie es offenbar nicht. Burchard Führer bekam die Immobilie für einen symbolischen Kaufpreis. Dafür muß er das Heim zehn Jahre betreiben. Ob die de facto Schenkung rechtlich zulässig ist, ist noch nicht geprüft. Was nach den zehn Jahren passiert, ist unklar. Führer hat versprochen, das Heim auf Dauer zu betreiben und in den nächsten zehn Jahren für Um-, Aus- und Neubau zwei Millionen Euro zu investieren, ohne Inanspruchnahme von Fördermitteln. Wir dürfen gespannt sein!

Durch Verfügung eines Aufnahmestoppes wurde die Belegung reduziert. Ob das bereits jetzt bedeutet: Schließung auf Raten oder nur eine vorübergehende Reduzierung der Kapazität, um den Umbau zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, das bleibt abzuwarten.

JOHANNES MADEJA

Ein sauberer Finowkanal

Anlässlich des Baustarts zum Ausbau der Stadtpromenade am Finowkanal bekräftigten die Eberswalder Grünen mit einem Transparent an der Kaimauer ihre Forderung nach einem sauberen Finowkanal. An die Gäste der feierlichen Baufeldübergabe und die Vertreter der Stadtverwaltung wurden Flugblätter mit folgender Erklärung verteilt:

Wir als Eberswalder Grüne begrüßen es sehr, daß sich die Stadt mit der zukünftigen Stadtpromenade weiter zum Finowkanal hin öffnet und einen großen Schritt unternimmt, ihn stärker in das Stadtleben zu integrieren.

Wir hätten uns allerdings eine naturnähere Planung gewünscht und plädieren dafür, jetzt, in der konkreten Bauausführung, möglichst viel Raum für die zukünftige Entwicklung der Natur zu lassen und insbesondere mit der Schwärzermündung sensibel umzugehen.

Zu einer schönen Stadtpromenade gehört ein sauberes Gewässer, in dem man gefahrlos an- und planschen kann!

Für den Bereich der Promenade wünschen wir uns daher:

– eine Entschlammung des Kanalbodens und das Aufbringen einer Sohlenbefestigung, z.B. aus Kies, um eine Badestelle zu schaffen

– ebenerdige Zugänge zum Wasser, so daß man die Füße darin baumeln lassen und hinein und heraus steigen kann

Wir hoffen und setzen uns dafür ein, daß die Stadt über den heutigen Tag und über die Fertigstellung der Promenade hinaus am Finowkanal »dranbleibt« und seine Entwicklung vorantreibt.

Unser Ziel ist ein durchgängig sauberer Kanal, dessen großes Potential für die Stadtentwicklung und den Tourismus tatsächlich ausgeschöpft wird.

Dazu wünschen wir uns von der Stadt, daß sie sich aktiv dafür einsetzt, die touristischen Angebote am Kanal weiter zu verbessern und den Zugang zum Gewässer zu erleichtern, z.B. mittels geeigneter Einsetz- und Anlegestellen für Kanuten, Ruderer und andere Sportboote. Daß sie sich für den langfristigen Erhalt der Befahrbarkeit und des Schleusenbetriebes engagiert und das Ziel unterstützt, die mit Schwermetallen vergifteten Abschnitte der Kanalsohle schrittweise zu sanieren

Unsere konkreten Forderungen für die nächste Zukunft sind: Eine Überprüfung des Kanalisationsnetzes auf eventuell noch vorhandene Überläufe, Direkteinträge oder Schadstellen, die zur Verunreinigung des Kanals führen oder führen können und die Sanierung veralteter oder maroder Straßenwassereinflüsse

KAREN OEHLER

Sprayer gestalten Sporthalle



Eberswalde (prest-ew). Der SV Medizin will seiner Sporthalle in der Schorfheidestraße 30 ein farbenfrohes Ansehen verleihen. Sprayer begannen am 8. September auf der bereits grundiertem Außenwand die Arbeit an ihren Wandbildern. Auf einer Länge von 66 Metern und bis zu viereinhalb Metern hoch soll der Sozialtrakt der Sporthalle besprüht werden. »Wir wollen die Sprayer nicht zu sehr in ihrer Phantasie einschränken, daher gab ich ihnen nur die Bitte mit, thematisch den Sport in die Gestaltung aufzunehmen«, erläutert Vereins-Sportstättenmanager Jan Toron.

In Zusammenarbeit mit dem Jugendclub Stino gab es bereits zwei Workshops bei denen professionelle Sprayer den Jugendlichen den Umgang mit der Dose und die damit verbundene Verantwortung erklärten. Die Teilnehmer erhielten einen Sprayerpaß, mit dem sie an der Sporthalle sprühen dürfen. Mit dem Paß werden die Jugendlichen zum einen an ihre Belehrung über legales und illegales Sprühen erinnert, zum anderen können sie sich damit gegenüber den Ordnungsbehörden ausweisen.

»Wichtig erscheint uns insbesondere, jungen Nachwuchssprayern die Möglichkeit zu bieten, auf

legale Weise ihre Kreativität umzusetzen und dabei als Team zusammen zu arbeiten. Besonders freut es mich, dass Jugendliche die zur Spraydose greifen nicht mehr ausschließlich als Schmierfinken angesehen werden. Stattdessen erkennt man zunehmend in ihrer Arbeit und ihrem Ideenreichtum die Chance, das Stadtbild interessanter zu gestalten«, meint Jörg Humrich, Mitarbeiter der Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI).

An der Halle des SV Medizin leiten vier geübte Eberswalder Sprayer die Gestaltung der Flächen und begleiten die Arbeit der Jugendlichen. Das großflächige Wandbild soll während der kommenden Wochenenden bis Ende Oktober Gestalt annehmen. Unterstützt wird das Projekt vom Bund-Länder-Programm Soziale Stadt mit 8.000 Euro, denen der Sprecherrat im Brandenburgischen Viertel zugestimmt hat.

Seit einigen Jahren werden in Zusammenarbeit zwischen der Stiftung SPI und Sprayern aus Eberswalde öffentliche Räume und Plätze legal mit Spraydosen umgestaltet und aufgewertet, zum Beispiel am Bahnhof, die Wall of Fame am Jugendclub Stino oder zuletzt das Trafohaus neben der Seniorenwohnanlage Barnimpark.

Ihrke ignoriert Kreistagsbeschuß

Eberswalde (bbp). In der Kreistagssitzung am 5. September beantragte der Kreistagsabgeordnete Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde die Aufnahme eines zusätzlichen Punktes in die Tagesordnung. Dabei nahm er Bezug auf den Beschluß 253-21/12 des Kreistages vom 11.07.2012, in dem es heißt: »Der Kreistag beauftragt den Landrat, in den Septemberkreistag ein mit dem Aufsichtsrat der Barnimer Energiegesellschaft mbH abgestimmtes Konzept zur Zukunft der Gesellschaft einzubringen. Der Geschäftszweck ist neu zu bestimmen. Das Konzept ist zur Behandlung in den Ausschuß für Territorialplanung, Bauen und Wohnen Gewerbe

und Wirtschaft (A4) sowie in den Ausschuß für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft (A5) zu verweisen.« Da der Punkt auf der vorab verschickten Tagesordnung fehlerhaft war, wollte er das Versäumnis nachholen, so Triller.

Landrat Bodo Ihrke erläuterte wortreich, wie umfangreich die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Konzept seien, weshalb mit der Vorlage des Konzeptes erst in der Novembersitzung zu rechnen wäre. Bis auf fünf Abgeordnete, die für eine Behandlung des Konzeptes in der Tagesordnung stimmten, folgte die Kreistagsmehrheit den Landratsklärungen und lehnte Trillers Antrag ab.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Barnimer Energiegesellschaft rechtwidrig?

Eberswalde (bbp). Am 5. September tagte der Kreistag Barnim. Wer erwartet hatte, daß sich Landrat Bodo Ihrke in seinem obligatorischen Tätigkeitsbericht zur Rückabwicklung des Kaufvertrages des HOKAWE äußert, sah sich enttäuscht.

Zu den Enttäuschten gehörte der Kreistagsabgeordnete des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde, der allerdings nachvollziehen konnte, daß Ihrke kein besonderes Interesse an dem Thema hat, denn »der gescheiterte HOKAWE-Kauf will nicht so recht in die Erfolgsbilanzen des Landrates passen«. Ohne Rücksicht auf des Landrats Befindlichkeiten fragte Triller, bezugnehmend auf den vorausgegangenen Sonderkreistag vom 11. Juli, ob die Kommunalaufsicht des Landes inzwischen die abschließende Prüfung des Kreistagsbeschlusses zum HOKAWE-Kauf vorgenommen habe. Seit seinem Widerspruch gegen den Kreistagsbeschluß am 29. April seien mehr als vier Monaten vergangen. Nach der Rückabwicklung des HOKAWE-Kaufvertrages habe die Barnimer Energiegesellschaft (BEG), gegen die sich der Widerspruch u.a. richtete, auch keinen Geschäftszweck mehr.

Die eigentliche Fragestellung ignorierend, verwies Ihrke darauf, daß ein Kreistagsabgeordneter gar kein Recht habe, einem Kreistagsbe-

schluß zu widersprechen und eine Prüfung zu fordern. Mit seiner Antwort auf den Widerspruch habe er seine rechtlichen Verpflichtungen übererfüllt. Im übrigen könne das Land bei der Prüfung im Anzeigeverfahren noch keine abschließende Meinung haben, weil zunächst ein neuer Geschäftszweck fixiert werde.

Nach der Sitzung erklärte Triller gegenüber der BBP-Redaktion, daß er am 15. Juli erneut an das Ministerium des Innern (MI) geschrieben habe.

»Im Zuge des gescheiterten Erwerbs des HOKAWE sind der BEG nach einer dem Kreistag vorgelegten Übersicht 228.000 Euro Aufwendungen entstanden«, heißt es in dem Schreiben. »Hinzu kommen die dem Landkreis entstandenen Kosten von 36.000 Euro, so daß insgesamt bereits 264.000 Euro Verlust für den Landkreis festzustellen sind. Die BEG produziert aber jeden Tag weitere Verluste zu Lasten des Stammkapitals von 2,5 Millionen Euro, das ihr durch Kapitalerhöhung im Zuge des beabsichtigten, aber nun gescheiterten HOKAWE-Kaufs zugeflossen sind.

Statt weiter abzuwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln, sollte die Kommunalaufsicht des Landes ihre Prüfung zügig aufnehmen und zu Ende bringen. Dies ist im Interesse der im Weiteren vorzubereitenden Beschlüsse dringend erforderlich. Selbst im Falle der Liquidation der BEG erledigt sich diese Prüfung nicht. Sie ist im Interesse der Rechtssicherheit geboten. Sie muß ferner dem Eindruck entgegenwirken, daß durch die vorgesetzte Kommunalaufsichtsbehörde die unzureichende Arbeit des Landkreises gedeckt wird.«

Das MI antwortete am 18.7.: »Der Landkreis Barnim wurde darüber unterrichtet, daß bei Fortführung der Barnimer Energiegesellschaft mbH (BEG) die kommunalverfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen müssen. Der Landkreis wird das MI daher zeitnah über die nunmehr zu treffenden Entscheidungen zur weiteren Entwicklung der BEG informieren und bei Fortführung des Unternehmens die entsprechenden Unterlagen einreichen.«

Was unter »zeitnah« zu verstehen ist, stand nicht in der Antwort des MI.

Schutz vor Überschwemmungen

Eberswalde (bbp). Starkregen setzt einige Teile des Brandenburgischen Viertels regelmäßig unter Wasser. Insbesondere die Lieferzufahrt des EKZ »Heidewald« ist davon häufig betroffen.

Die Regenentwässerung im Viertel stammt aus den 70er und 80er Jahren. Bevor das Regenwasser in die Vorflut des Drehnitzgrabens geleitet wird, fließt es in ein Rückhaltebecken. Das städtische Tiefbauamt hatte 2009/10 umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt und für 30.000 Euro die ursprüngliche Funktion des Rückhaltebeckens wiederhergestellt.

Allerdings stellte sich damals heraus, daß das Regenrückhaltebecken für außergewöhnliche Ereignisse, wie selten auftretenden Starkregen bei Gewitter, von Beginn an zu klein dimensioniert war. Erste Lösungsmöglichkeiten stellte die Stadtverwaltung im Juni im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) vor. Die vorgestellten Lösungsvarianten zur Erneuerung des Beckens kosten zwischen einer halben bis fast eine Millionen Euro. »Solche Kosten erscheinen uns weder aus wirtschaftlicher noch aus ökologischer Sicht vertretbar«, sagt die Leiterin des Tiefbauamtes Heike Köhler. »Alle Kosten für getätigte Investitionen fließen in die Gebührenkalkulation der Niederschlagswasserbeseitigung ein. Das bedeutet, daß bei Investitionen in dieser Höhe sich die Gebühr für alle Beitragszahler erhöhen wird.« Es werde jetzt nach weiteren, wirtschaftlicheren Alternativen gesucht, so Köhler.

Dabei solle das anfallende Regenwasser nicht, wie es zurzeit passiert, bis zum Finowka-

nal transportiert werden. Vielmehr soll ein Großteil des Wassers im Wohngebiet bleiben und auf entsiegelten Flächen versickern. Mit dem Rückbau von Wohnblöcken in den vergangenen Jahren seien die versiegelten Flächen im Viertel bereits reduziert worden. Auch andere Entwässerungssysteme, wie Zisternen, Mulden oder Gräben, wären vorstellbar. »Diese Varianten sind auch für die Wohnungseigentümer interessant«, betont die Amts-



Bei der Kontrolle von Regeneinläufen in der Frankfurter Allee vor dem Einkaufszentrum »Heidewald« wurde ein Defekt der Anschlußleitung vom Regeneinlauf zur Hauptleitung festgestellt. Dieser Defekt wurde durch die Jahresvertragsfirma der Stadt Eberswalde umgehend behoben.

leiterin, »da sich bei Abtrennung vom Regenwassernetz die jährlichen Niederschlagswassergebühren reduzieren«.

In diesem Zusammenhang werde auch untersucht, ob ein Teil der vorhandenen Leitungen als Rückstauleitung genutzt werden kann.

Um den genauen Zustand, Leitungsverlauf und die Auslastung des vorhandenen Regennetzes festzustellen, wurde eine Kamerabefahrung durch die Firma Mayer Kanal- und Rohrreinigung GmbH aus Rüdersdorf durchgeführt.

Die Überschwemmungen in der Frankfurter und Potsdamer Allee stehen allerdings in keinem Zusammenhang mit dem Rückhaltebecken, das etwa drei Meter tiefer liegt als diese Straßen. Die Straßenentwässerung ist für einen normalen durchschnittlichen Regen geplant. Die entsprechende Richtlinie geht von einem fünfzehnminütigen Regen mit 120 Litern pro Sekunde und Hektar aus. Einmal im Jahr könne es auch zu Überstauung kommen. Würde die Entwässerung von vornherein auf extreme Regenfälle ausgerichtet werden, wären überall »begehbare Kanäle« nötig, was weder bautechnisch möglich noch finanziell vertretbar wäre.

Die Stadtverwaltung könne »nur auf städtischen Flächen agieren«, sagt Bert Siegel vom Eberswalder Tiefbauamt. Bezüglich der Mißstände im Innenhof Prenzlauer Straße und auch bei der Anlieferungszone des Einkaufszentrums könne die Stadtverwaltung nicht mehr tun, als die Grundstückseigentümer darüber in Kenntnis setzen.

Neues ÖPNV-Konzept im Kreis Barnim

Panketal (prest-bar). Die Städte und Gemeinden am Berliner Rand sind in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Damit einher gingen auch sich verändernde Anforderungen an den öffentlichen Nahverkehr. Auf diese will sich die Barnimer Kreisverwaltung künftig besser einstellen und arbeitet gerade an einem neuen Konzept. Darin soll neben dem örtlichen Verkehr auch der länderübergreifende Busverkehr zwischen dem Barnim und Berlin auf zahlreichen Linien neu gestaltet werden. Ziel ist ein verbessertes Angebot ohne Mehrkosten.

Einen ersten Entwurf stellte Nils-Friso Weber, in der Kreisverwaltung verantwortlich für die Planung des ÖPNV, vor einiger Zeit im Rahmen eines Bürgerforums in Panketal vor. Die bisherigen Angebote seien nur unzureichend abgestimmt, sagte er. Zudem gebe es Abschnitte, in denen es eine Mehrfachbedienung gebe. »Auf der anderen Seite existieren aber auch unterversorgte Gebiete«, so der Experte weiter, der in diesem Zusammenhang auch auf den »Angebotsbruch an der Ländergrenze« und die wichtige Funktion der Busse als Zubringer zur S-Bahn verwies. Wie die Busse bislang von Fahrgästen genutzt werden und welche Wün-

sche es gibt, dazu wurden in den vergangenen zwei Jahren gleich mehrere Fahrgastzählungen und Befragungen durchgeführt.

Als Ergebnis geht es nun darum, die Linienführung zu straffen, zugleich aber auch die Takte zu vereinheitlichen und zu verdichten. Zudem sollen die Betriebszeiten ausgeweitet und vereinheitlicht werden, so daß am Ende eine merkbare Verbesserung des Busangebotes steht. Eingebunden sollen dabei neben den Bahnhöfen und Schulen auch zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten werden. Betroffen davon sind insbesondere die Linien 893, 900 auf Barnimer sowie die Linien 251, 256 und 351 auf Berliner Seite.

»Davon erhoffen wir uns eine Verbesserung der Anbindung von Zepernick, Schwanebeck, Lindenberg und Ahrensfelde sowie eine Verbesserung des landesübergreifenden Verkehrs«, macht Nils-Friso Weber deutlich. »Schön wäre es, wenn wir dadurch auch steigende Fahrgastzahlen verzeichnen könnten.«

Beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs will Vizelandrat Carsten Bockhardt allerdings auch die Kommunen in die Pflicht nehmen. »Es steht den Städten und Gemeinden jederzeit

frei, Leistungen, die über das Grundangebot des Landkreises hinausgehen, gesondert zu bestellen. Allerdings müssen die Gemeinden dann auch dafür aufkommen«, erklärte er.

Bei anderen Projekten wie etwa einem 10-Minuten-Takt der S-Bahn sieht der Wirtschaftsdezernent hingegen noch Diskussionsbedarf. »Vom Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs kann die gesamte Region profitieren. Allerdings muß man dabei immer im Auge haben, was machbar ist«, sagte er. Bei der Bahn stünden derzeit andere Projekte weiter oben auf der Prioritätenliste. Allerdings, das machte Bockhardt ebenfalls deutlich, werde sich der Landkreis weiterhin für einen verkürzten Takt einsetzen.

Bei vielen Bürgern fängt die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs schon mit ganz kleinen Dingen an. Im Rahmen des Bürgerforums konnte sie nun einige Anregungen geben, die in die weiteren Detailplanungen aufgenommen werden sollen. »Solch ein Forum ist immer eine gute Gelegenheit, um sich auszutauschen«, befand Carsten Bockhardt. Viele der Anregungen ließen sich zudem ganz sicher ohne größeren finanziellen Aufwand realisieren.

1000 Panzer in der Wüste

Der alte »Wüstenfuchs« Rommel würde in die Hände klatschen. Bald könnten 1000 deutsche Panzer durch die arabischen Wüsten rollen. Nachdem das saudi-arabische Königshaus Interesse an 600 bis 800 Kampfwagen vom Typ »Leopard 2« bekundete, will nun auch der Emir des kleinen Katar sein Heer mit deutscher Panzertechnik aufrüsten. Bis zu 200 Stück sind avisiert.

Dem deutschen Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann würde das Geschäft runde zehn Milliarden Euro Umsatz bescheren. Wie es heißt, haben Bundeskanzleramt und Wirtschaftsministerium nichts gegen den Deal. Hier geht's um den wirtschaftlichen Erfolg des »Exportweltmeisters«, was sollen da moralische Bedenken, weil Katar nicht nur in der Vergangenheit maßgeblich beim Sturz des libyschen Machthabers Muammar al Ghaddafi mitmischte, sondern auch aktiv die Anti-Assad-Kämpfer im syrischen Bürgerkrieg unterstützt – nicht zuletzt mit Waffenlieferungen.

Daß sowohl Katar, als auch Saudi-Arabien absolutistische Feudaldiktaturen sind, spielt beim deutschen Export von Kriegsgerät ohnehin keine Rolle.

Über Panzer will die Bundeskanzlerin nicht sprechen, heißt es. Wohl aber soll über »Vereinbarung« der Exportregelungen geredet werden. Der weltweit drittgrößte Waffenexporteur will endlich gleichberechtigt am Waffengeschäft in der Welt mitmischen und auch die letzten, ohnehin nur noch formalen Einschränkungen abstreifen.

Land will Ehrenamtskarte einführen

Potsdam (prest-land/bbp). Mit der Einführung einer Ehrenamtskarte will die Staatskanzlei Brandenburg die »Anerkennungskultur« für freiwillig engagierte Bürger in Brandenburg weiter ausbauen. Öffentliche Einrichtungen und private Unternehmen sollen nach den Vorstellungen von Kanzleichef Albrecht Gerber die Leistungen von besonders engagierten Ehrenamtlichen durch die Gewährung von Vergünstigungen oder speziellen Angeboten zu würdigen und eine Partnereinbarung zu unterschreiben. »Die Idee der Ehrenamtskarte lebt davon, daß möglichst viele Einrichtungen mitmachen«, betonte Staatssekretär am 31. August, als er mit der Präsidentin des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg, Karin Genrich, die erste Partnereinbarung zugunsten der neuen Ehrenamtskarte unterschrieb.

Im Land Brandenburg engagieren sich 33 Prozent der über 14-jährigen ehrenamtlich. Damit sei Brandenburg in Ostdeutschland Vorreiter in Sachen Freiwilligkeit, betonte Gerber. Er wies auf Erfahrungen aus Hessen oder Nordrhein-Westfalen hin, die zeigten, daß die Unterstützung der Ehrenamtskarte nicht zu Mindereinnahmen bei Unternehmen oder kommunalen Einrichtungen führen müsse. Das Gegenteil sei der Fall. Gerber wörtlich: »Die Partnereinbarung zeigt sehr gut, wie die Rechnung zum beiderseitigen Vorteil aufgeht. Alle können nach ihren Vorstellungen Vergünstigungen in unterschiedlichster Form erbringen – und erhalten im Gegenzug den öffentlichen Ritterschlag 'Engagiert für Brandenburg'. Mit diesem Label lässt

sich an der Geschäftstür, in Prospekten, auf der Homepage und an der Kasse werben.«

Karin Genrich betonte: »Das freiwillige Engagement der vielen ehrenamtlich Tätigen ist für die meisten eine Herzensangelegenheit. Die unermüdeten Ehrenamtler unterstützen Kinder und Jugendliche, stehen Menschen in Not zur Seite, engagieren sich in Vereinen und Verbänden und beteiligen sich in der Nachbarschaftshilfe. Ohne sie würde vieles in unserem Lande nicht möglich sein, sie sind mittlerweile zu tragenden Säulen in unserer Gesellschaft geworden. Dieses freiwillige Engagement unterstützen wir als Handelsverband Berlin-Brandenburg auf der Ebene des Einzelhandels unter anderem durch den Abschluss von Partnereinbarungen zu Gunsten der Inhaberinnen und Inhaber dieser neuen Ehrenamtskarte. Als Präsidentin des Handelsverbandes bitte ich unsere Mitgliedsunternehmen und Partner, diesem Aufruf zu folgen. Mit der heutigen Unterzeichnung der Partnereinbarung gehe ich den ersten Schritt.«

Unter dem Motto »Engagiert in Brandenburg« ist in den vergangenen Monaten ein Konzept zur Einführung einer landesweit gültigen Ehrenamtskarte entwickelt worden. Sie soll eine besondere Auszeichnung von Bürgern darstellen, die sich in erheblichem Umfang ehrenamtlich engagieren. Die Karte soll ab 2013 für mindestens 240 Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit jährlich verliehen werden und ist im Unterschied zum Freiwilligen-Pass des Landes an Vergünstigungen für die Inhaber verbunden. Den Freiwilligen-Paß gibt es seit 2011, bislang sind zirka 1700 Exemplare ausgegeben worden.

Am eigenen Anspruch gescheitert

Infotour von 50 Hertz wollte »transparent und sachlich informieren«

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!« hat die »Bürgerberatungstour« von 50 Hertz an einigen Stellen begleitet und die Berichterstattung in der Lokalpresse ausgewertet. Dabei kommt die BI zu dem Ergebnis, daß 50 Hertz den Anspruch, transparent und sachlich über die geplante 380-kV-Freileitungsplanung zu informieren und Fragen der betroffenen Anwohner zu beantworten, nicht gerecht wurde. Dieser selbstgesetzte Anspruch erwies sich für die Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit von 50 Hertz als zu hoch gesteckt.



Sachverhalte, die strittig sind, wurden nicht als strittig dargestellt, sondern nur aus der Sicht von 50 Hertz präsentiert. Manche Sachverhalte wurden verzerrt oder sogar wissenschaftlich falsch dargestellt, so daß die PR-Kampagne stellenweise die Züge einer Desinformationskampagne angenommen hat. Auf manche Fragen von Anwohnern gab es gar keine Antwort.

Das gilt für die Darstellung der Rechtslage zur Frage der Erdverkabelung. 50 Hertz behauptet, es gebe keine Möglichkeit außerhalb der vier Pilotprojekte des EnLAG eine teilweise Erdverkabelung zu beantragen. Diese Rechtsauffassung ist strittig. Das Rechtsgutachten der Anwälte Dr. Schweer und Dr. Munding, das die Stadt Eberswalde in Auftrag gegeben hatte, widerspricht der Darstellung von 50 Hertz... 50 Hertz behauptet, die Mehrkosten einer teilweisen Erdverkabelung außerhalb der vier Pilotprojekte des EnLAG seien nicht auf die Netzentgelte umlegbar. Prof. Jarass hat dargelegt, daß die Bundesnetzagentur in einem Schreiben vom März 2012 erklärt hat, daß diese Mehrkosten, wenn sie auf Grund des Planfeststellungsverfahrens erforderlich seien, umgelegt werden können. (L. Jarass, G. M. Obermair, Welchen Netzbau erfordert die Energiewende? Münster 2012, S. 213f.)

Bei den Fragen der Bürger, weshalb 50 Hertz in sensiblen Bereichen nicht die technischen Möglichkeiten der Erdverkabelung nutze, wurde von 50 Hertz wiederholt erklärt, bei Erdverkabelungen würden Trassen von 40 m Breite benötigt und der Flächenverbrauch sei hier im Vergleich zur Freileitung höher. Die Betriebssicherheit von Erdkabeln sei nicht gegeben. Diese Aussagen stehen im Widerspruch zu der von der europäischen Dachorganisation der Über-

tragungsnetzbetreiber ENTSOE und Europacable im Jahr 2011 unterzeichneten Erklärung über die »Technische Machbarkeit von Teilverkabelungen von Höchstspannungsleitungen«, die in englischer Sprache auf der Homepage von 50 Hertz zu finden ist und nach Auskunft von Herrn Feix (50 Hertz) auch weiterhin Gültigkeit besitzt.

Die Frage, ob von Höchstspannungsfreileitungen Gefahren für die Gesundheit der Anwohner ausgehen, ist umstritten, was aber gerade nicht bedeutet, daß von magnetischen Wechselfeldern im niederfrequenten Bereich keine Gesundheitsgefährdung ausgehe. Epidemiologische Studien deuten auf bestimmte Risiken hin, die nicht einfach ignoriert werden sollten. Hier verzichtet 50 Hertz auf eine differenzierte Darstellung und betont nur, daß die Grenzwerte der 26. Bundesimmissionsschutzgesetzgebung eingehalten werden. daß dieser Grenzwert selbst umstritten ist und in europäischen Nachbarländern niedrigere Grenzwerte gelten, wird dabei verschwiegen...

Bürger, die unter Hinweis auf die im Netz veröffentlichten Lastflußdaten die Aussage, die geplante Leitung sei in erster Linie zum Abtransport von Windenergie aus der Uckermark erforderlich, in Zweifel zogen und nach der Bedeutung des europäischen Stromhandels (Austausch mit Polen) für diese Leitung fragten, erhielten bisher keine Antwort, selbst wenn Sie die Fragen schriftlich vorgelegt hatten.

Als in Landin von Anwohnern gefragt wurde, weshalb die Variante 2 im Raumordnungsverfahren verworfen wurde, die einen kürzeren Leitungsverlauf und die Verschonung von Landin vorsah, konnte keiner der »Experten« von 50 Hertz diese Frage beantworten.

Wie hatte Herr Dr. Manthey im Interview mit der MOZ am 7.8.2012 erklärt: »Wir wollen Fragen der Menschen beantworten, mit ihnen reden und möglicherweise auch Verunsicherungen beseitigen.« Diesem selbstgesteckten Anspruch wurde 50 Hertz nicht gerecht.

Nicht verhehlen konnte 50 Hertz, daß die Gespräche mit den Bürgern keinerlei Auswirkungen auf die Planung, die weitgehend abgeschlossen ist, haben wird. Die Bürgerinitiative mahnt seit der Erklärung von 50 Hertz vom 8.3.2012, in Eberswalde an der Freileitungsplanung festzuhalten, die Veröffentlichung der angeblich erstellten Machbarkeitsstudie und die Kostenkalkulation der Erdverkabelung bei Querung Eberswaldes an. Bislang ohne Erfolg.

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Veranstaltungstip:

Wir haben einen PLAN B

Diskussion über linke Visionen für 2050

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat einen Plan: PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Wie wird sich der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft auswirken? Was wird sich ändern, was bleiben?

Anhand von vier Leitprojekten – Landwirtschaft, Verkehr, Industrie und Energie – möchte die Fraktion das näher beleuchten. Wie kann eine solche Transformation demokratisch, sozial und partizipativ verlaufen?

Die Grundthese des PLAN B: Der ökologische Umbau kann nur dann gelingen, wenn er durchgehend als soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt angelegt ist. Das dazu erstellte Papier verbindet utopischen Geist mit konkreten, machbaren Vorschlägen. Und es verschweigt die harten Konflikte nicht, die auf uns zukommen, wenn »Ökologie für alle« möglich werden soll.

Deshalb malt PLAN B kein Bild grüner Harmonie. Wer nur von grünen Technologien redet und krasse Gegensätze bei Vermögen, Einkommen und bei den Arbeitszeiten nicht zum Thema macht, ist unfähig zum Neustart. Doch der ist nötig, wenn eine ökologische Volkswirtschaft realistisch erscheinen soll. Die klassischen linken Forderungen – mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit – gehören unabdingbar zum sozial-ökologischen Umbau dazu.

Diese Thesen möchten wir mit Ihnen diskutieren. Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann lade ich dazu am 28. September um 19 Uhr zu einer Diskussionsrunde in die Aula der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNEE) in Eberswalde ein.

Auf der Internetseite <https://www.plan-b-mitmachen.de> kann sich jede und jeder die Thesen im Vorhinein ansehen und bereits jetzt kommentieren, kritisieren und mitdiskutieren. Einige gedruckte Exemplare sind auch in meinem Wahlkreisbüro (Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, Tel 03334/385155) vorhanden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie bei der Diskussionsrunde begrüßen zu dürfen.

Dr. MICHAEL LUTHARDT, MdL

Kein Netz-Engpaß

Eberswalde (hl/bbp). Auf dem Flugplatz Finow entstand in den letzten Jahren das zum Zeitpunkt der Fertigstellung größte Solarfeld der BRD oder gar Westeuropas. Von dem im Zusammenhang mit dem geplanten Bau einer 380-kV-Freileitung in letzter Zeit häufig diskutierten Netzengpässen ist der Finower Solarpark nicht betroffen. Bisher mußte er nicht ein einziges mal vom Netz genommen und abgeschaltet werden. Das Solarfeld speist in die 110-kV-Freileitung ein, die in etwa zwei Kilometern Abstand verläuft.

Nach der Schlecker-Pleite

Schlecker ist pleite und die Aldi-Filiale an der Eberswalder Straße wird geschlossen. Für das Brandenburgische Viertel in Eberswalde bedeutet das einmal mehr eine Verschlechterung der Versorgung mit Artikeln des täglichen Bedarfs. Es ist zum einen eine Folge davon, daß weniger Menschen hier leben, und zum anderen, daß viele von ihnen weniger im Portemonnaie haben als der Durchschnitt. Für die Einzelhandelskonzerne zählt der Umsatz, der geschäftliche Erfolg. Da haben die Menschen im Viertel schlechte Karten.

Die Stadtpolitik will dem mit einem Einzelhandelskonzept entgegenwirken, das als Satzung beschlossen, also Stadtgesetz, werden soll. Frühere Entscheidungen, wie die Schließung der Albert-Einstein-Oberschule und die Zweckentfremdung von Kitagebäuden, können damit nicht kompensiert werden. Aber es ist ein Versuch, die Einzelhandelsstrukturen auch in dem benachteiligten Viertel wenigstens zu erhalten.

Die Politik schafft die Rahmenbedingungen, im Guten wie im Schlechten. In den Handelsfirmen regiert der Finanzbuchhalter. Den gilt es zu überzeugen, daß seine Firma hier Geld verdienen kann. Idealistische Wünsche nach Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs prallen da ab.

Der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn versucht trotzdem, im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Schlecker-Nachfolger zu aquirieren und zugleich Aldi zu bewegen, es doch direkt in seinem Kiez zu versuchen.

Für den Schleckerladen selbst soll es im EKZ »Heidewald« schon einen Nachmieter geben. Zugleich gab es ein Mietangebot an den Drogeriediscounter dm. Der sucht im Raum Eberswalde einen Standort, aber wohl eher in der sogenannten City von Eberswalde.

Auf die Offerte, die Bauruine Specht, oder das Grundstück, für den Bau einer neuen Aldi-Filiale zu nutzen, gab es – wie es heißt »urlaubsbedingt« – noch keine Antwort.

GERD MARKMANN

3. Bürgermeister Turnier:

Volley-Bombas laden ein

Eberswalde (bbp). Die Volleyball-Abteilung des PSV Union Eberswalde, die Volley Bombas, laden am Sonnabend, dem 17. November, zum 3. Volleyball Turnier des Bürgermeisters in die Sporthalle des Humboldt Gymnasiums ein. Insgesamt 12 Mixed Teams (gemischte Mannschaften) haben dabei die Gelegenheit um den begehrten Bürgermeister-Pokal zu kämpfen. Dabei muß die Frauenquote von mindestens einer Frau je 6 Spieler erreicht werden.

Die Startgebühr beträgt 40 Euro. Interessierte Teams können sich bis zum 3. November telefonisch unter: 0174/9253986 oder per eMail an: info@volley-bombas.de anmelden.

Schorfheide – Roadrunners Paradies

von Johannes Madeja

Es gibt Menschen, die wännen sich im siebten Himmel, wenn sie lauten Fahrzeugen zusehen können, die um die Wette fahren. Sie stehen im Schlamm, im Dunst, im Regen oder auch in der prallen Sonne am Streckenrand, haben dafür bezahlt und sind dabei glücklich. Allein in Deutschland sind es Hunderttausende. Viele holen sich den Krach Woche für Woche gar mit dem Fernsehgerät ins Wohnzimmer.

Die Rennstrecken kosten Millionen beim Bau und in der Unterhaltung – und wir bezahlen das alles als brave Steuerzahler. Erst kürzlich haben wir wieder für Lausitzring und Nürburgring bezahlt. Protest habe ich weder gehört noch gelesen.

Wenn Autobeegeisterte nun die Möglichkeit bekommen, einmal selbst um die Wette zu fahren – sogar in ganz alten Autos, sogenannten Oldtimern, oder mit alten Militärfahrzeugen, dann läßt sich das Glücksgefühl kaum noch steigern. Diese Marktlücke hat das Luftfahrtmuseum in Finowfurt entdeckt und nun kommen die Motor- und Militärtechnikfreaks aus ganz Deutschland mehrmals im Jahr nach Finowfurt, um sich hier mal richtig auszutoben. Und das ist gar nicht einmal teuer.

Man muß das nicht verstehen oder gar begrüßen. Jeder hat das Recht, dafür Verständnis zu haben oder auch nicht. Das ist nicht unbedingt eine Sache des Lebensalters. So mancher Opa möchte mal (wieder?) Jeep oder Panzer fahren. Warum sollten wir ihm das verwehren oder nur mißgönnen? Diejenigen, die das nicht verstehen können oder wollen, weil sie sich belästigt fühlen, gehören wahrscheinlich überwiegend zur Generation 60+, sind deshalb aber keine Sonderlinge oder Schlimmeres! Ich habe Verständnis für beide Seiten. Das Zauberwort hier heißt Toleranz. Wer, wie die meisten Finowfurter Bürger, 40 Jahre lang an vier Tagen in der Woche den Lärm sowjetischer Düsenkampffjets ertragen mußte, dem fällt es jetzt vielleicht leichter, ein paar laute Wochenenden auf dem Flugplatz und im Dorf zu ertragen, als einem Bürger, der frisch zugezogen ist.

Wer nun in unmittelbarer Nähe zu dem Flugplatz mit dem lauten Museum wohnt, der muß zusehen, wie er damit fertig wird. Hat er nicht gewußt, daß er den Flugplatz als Nachbar hat, als er im Aeropark Melchower Ring (so hieß die Siedlung einmal!) ein Grundstück gekauft hat – für gutes Geld?

LINKE bereitet sich auf Bundestagswahl 2013 vor

Eberswalde (sb). Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE hat sich in seiner Sitzung am 22. August mit der Vorbereitung der Bundestagswahl beschäftigt. Ziel der Barnimer Linken ist es, beide Bundestagwahlkreise zu verteidigen.

Bisher liegen folgende Bewerbungen vor: MdB Dr. Dagmar Enkelmann für den Wahlkreis Barnim-MOL. Sabine Stüber, Jens Schröder und MdL Dr. Michael Luthardt für den Wahlkreis Barnim-Uckermark. »Ich begrüße es, daß so viele kandidieren wollen. Wir werden mit einem attraktiven Angebot in den Wahlkampf ge-

Die erklärten Gegner von »Roadrunners paradise« sind aber wohl selbst dort in der Minderheit. Trotzdem haben auch sie natürlich das Recht, daß ihr Bedürfnis nach Ruhe respektiert wird. Hier sind die Ordnungsbehörden gefragt, die natürlich dafür sorgen müssen, daß sich die Belästigung der Anwohner in erträglichen Grenzen hält. Sicher sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Die Zahl der Veranstaltungen zu begrenzen, ist ein Versuch, aber nicht der Königsweg.

Ich halte es für kurzsichtig, auf solche Veranstaltungen, für die es ja offensichtlich Bedarf gibt, generell zu verzichten oder sie gar verbieten zu wollen. Wir wollen, wir können auf keinen Gast verzichten! Vielleicht werden die jetzt noch lauten Gäste ja mit zunehmendem Lebensalter »sanftere« Touristen, nachdem sie jetzt festgestellt haben, wie schön es in (der) Schorfheide ist, gerade auch dort, wo kein Motorengeheul zu hören ist. Auch wenn die Motofans so manchem ein Dorn im Auge sind, es gibt eine ganze Reihe Dienstleister und Kleinunternehmer, die sich über jeden zusätzlichen Kunden freuen und den sie sogar dringend brauchen. Sie nehmen den Krach, der sie sicher auch stört, einfach in Kauf und drücken ein Auge zu.

Wer bereit ist, tolerant zu sein, der sollte es ihnen gleich tun. Üben wir Toleranz! Appellieren wir an unsere Gäste, es nicht zu toll zu treiben und sich wie Gäste zu bewegen. Dann werden sie auch von denjenigen gern geduldet, die es lieber sähen, wenn sie auf dem Treidelweg radeln – ganz sanft, versteht sich!

Bemerkung: Inzwischen hat das Luftfahrtmuseum mitgeteilt, künftig keine Großveranstaltungen wie das »Roadrunners paradise« mehr veranstalten zu wollen. Neben den Kritiken und daraufhin erteilten behördlichen Auflagen, wird als Grund der zunehmende organisatorische und finanzielle Aufwand genannt, den die immer größer werdenden Events verursachen. Zudem habe die Überbauung mit Solaranlagen die nutzbare Fläche erheblich eingeschränkt.

hen und versuchen, beide Wahlkreise zu verteidigen«, so der Kreisvorsitzende Sebastian Walter. »Der Barnim braucht wieder eine starke soziale Stimme im Bundestag. Die kann nur von der Linken kommen«, so Walter weiter.

Die Parteimitglieder werden in Versammlungen am 8. Dezember in Strausberg und am 16. Februar 2013 in Angermünde darüber entscheiden, wer für den Bundestag kandidieren soll. Bis dahin sollen sich die bisherigen KandidatInnen in mehreren Veranstaltungen der Mitgliedschaft und Öffentlichkeit vorstellen.

Engagement gegen Rassismus

Eigentlich sollte ab dem 12.08.2012, dem 50. Geburtstag von Amadeu Antonio ein Stück der Eberswalder Straße in Eberswalde seinen Namen tragen. Sie wäre dann dort gewesen, wo sie unserer Meinung nach hingehört.

Mit 28 Jahren wurde Amadeu Antonio in dieser Straße Opfer brutaler rassistischer Gewalt, vorher lebte er dort wie andere Vertragsarbeiter in einem Wohnheim – separiert.

Weil Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung viele Menschen täglich betrifft und unser demokratisches Zusammenleben erheblich belastet, starteten der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V. und die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« im April 2011 die Initiative für die Straßenumbenennung. Damals war noch nichts bekannt von den Exekutionen der rassistischen Massenmörder in Norwegen und des »NSU« in Deutschland, nichts vom Mißerfolg deutscher Sicherheitsbehörden, wohl aber vom Erfolg und von den spalterischen Auswirkungen des Buches von Thilo Sarrazin.

Es geht uns auch um den Wechsel der Blickrichtung, weg vom verständnisvollen Schauen auf die Täter und ihre Motive, auf völkische Stimmungen in Teilen der weißen Mehrheit, hin zur Perspektive der Menschen, die der Rassismus verletzt, hin zum Blick auf die durch Vielfalt geprägte Realität und eine

Zukunft, die nur multikulturell sein kann. Jede achte Eheschließung in Deutschland ist heute eine binationale Verbindung. Jedes fünfte Kind, das hier geboren wird, hat mindestens ein »ausländisches« Elternteil.

Die Straßenumbenennung betrachten wir als ein wichtiges Signal der Stadt Eberswalde, als eine würdigende Geste auch für das Leid der Familie, aller Angehörigen und Freunde von Amadeu Antonio, außerdem als ein deutliches Bekenntnis gegen den alltäglichen Rassismus und damit gegen Anknüpfungspunkte von Nazis und Rechtspopulisten.

Straßennamen geben und ermöglichen Orientierung, weisen den Weg im direkten wie im übertragenen Sinn. Für die Kultur und die Stimmung in Kommunen ist es nicht egal, ob die Opfer in Vergessenheit geraten oder sichtbar erinnert werden.

Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit hilft, ihre Ursachen und Auswirkungen zu reflektieren, um das Schweigen zu überwinden und ähnliche Verbrechen zu vermeiden.

Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«

Interkulturelle Woche im Barnim mit zahlreichen Höhepunkten

Singen, Lesen, Kochen, Tanzen

Barnim (prest-bar). Die Interkulturelle Woche im Landkreis Barnim hat mehr als nur sieben Tage. Zwischen dem 1. September und dem 6. Oktober gibt es zahlreiche Veranstaltungen, in denen sich Menschen aus anderen Ländern und aus anderen Kulturkreisen den Barnimern vorstellen.

So gab der Chor »Iwuschka«, ein Chor Eberswalder Spätaussiedler, am 8. September anlässlich seines zehnjährigen Bestehens ein Konzert im Paul-Wunderlich-Haus.

Eine Woche später, am 15. September, gibt es in der Kreisstadt einen Zaireabend mit traditionellen Tänzen aus dem afrikanischen Land. Die Veranstaltung findet um 21 Uhr in den Räumen des Vereins »Palanca« in der Eberswalder Coppistraße 1-3 statt.

Ein weiterer Höhepunkt der Interkulturellen Woche ist eine Lesung am Dienstag, 25. September, im Treff 23 in Bernau. Dort wird um 19 Uhr der Autor Deniz Utlu erwartet, der aus dem Buch »Manifest der Vielen« vortragen wird. In dem Buch, das sich als Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« versteht, schreiben profilierte Autoren über ihr Leben in Deutschland, über Heimat und Identität, über ihr Muslim- oder Nicht-Muslim-Sein.

Am Sonnabend, 29. September findet dann das 10. Internationale Kinderfest statt. In der

Zeit von 13 bis 17 Uhr geht es dabei im Eberswalder Familiengarten um das Thema »Muttersprache und zweisprachige Erziehung«. Geplant sind Mitmachangebote wie: Spiele aus aller Welt, Trommelworkshop, Basteln und Schminken, Angebote der Pfadfinder oder East Side Fun Crew.

Den Abschluß der Interkulturellen Woche bilden in diesem Jahr gleich zwei Veranstaltungen. Am Sonnabend, 6. Oktober, gibt es ab 13 Uhr einen Frauenaktionstag unter dem Motto »Kochen und Heilen auf vietnamesisch«. Im Mittelpunkt des Tages stehen die gemeinsame Zubereitung frischer Frühlingssrollen, die Kunstsznitzerei aus Lebensmitteln und die Vorstellung von asiatischen Heilkräutern. Veranstaltungsort sind die Räume der Bildungseinrichtung Buckow in der Speewaldstraße 20-22 in Eberswalde. Samba tanzen und brasilianisches Essen steht dann um 21 Uhr beim Kulturverein »Palanca« auf dem Programm.

Mehr Informationen zum gesamten Programm der Interkulturellen Woche im Landkreis Barnim gibt es im Internet unter der Adresse www.interkulturellewoche.de oder auf der Internetseite der Kreisverwaltung unter www.barnim.de. Ansprechpartnerin ist die Beauftragte für Migration und Integration des Landkreises Barnim, Marieta Böttger, Telefon: 03334 214-1320.

Der dritte »Umzug«?

Seit 47 Jahren wohne ich in Finow; obwohl immer im gleichen Haus, bin ich in den Jahren mehrfach »umgezogen«: Von der Schöpffurter Straße in Finow, nach Eberswalde-Finow in die Leninstraße, später nach Eberswalde in die Eberswalder Straße und nun soll ich in der Amadeu-Antonio-Straße wohnen!

Also habe ich mich an der Unterschriftenaktion GEGEN eine Straßenumbenennung beteiligt. Das heißt aber nicht, wie in einem Interview von Herrn Boginski dargestellt, daß ich mit meinen 88 Jahren zur rechtsradikalen Szene gehöre oder die Bluttat an dem Angolaner verhamlose.

Ich möchte in einer Stadt leben, in der alle Menschen geachtet werden und nicht Bürgerbewegungen in eine »rechte« oder »linke« Ecke gestellt werden.

Ich unterbreite der Stadt einen anderen Vorschlag: Häufig lese ich auf Plakaten: Festplatz hinter der ehemaligen chemischen Fabrik (in allen möglichen/unmöglichen Schreibweisen. Warum wird nicht dieser Platz als Amadeu-Antonio-Platz ernannt?

MARGA AHLERS

Aktion: Die Amadeu-Antonio-Straße ist überall!

Am 12. August wurde nach der Feierstunde der Stadtverordneten an der Kreuzung Eberswalder-/Lichterfelder Straße die zweite symbolische Straßenumbenennung durchgeführt. Mit Straßenschildern, T-Shirts und Aufklebern wiesen die Mitstreiter von »Light me Amadeu« darauf hin: »Wenn sie – noch – nicht dort ist, wo sie hingehört, zeigen wir, daß die Amadeu-Antonio-Straße überall ist bzw. überall da sein kann, wo sich Menschen gegen Rassismus engagieren.«

Bücherverbrennungen

Eine Gedenklesung aus Anlaß des 80. Jahrestages der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen wird es auf Anregung von Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) im Mai 2013 im Bundestag geben. Den Vorschlag dazu hatte sie kürzlich in einem Schreiben dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert unterbreitet. Jetzt gab Lammert grünes Licht für das Vorhaben und teilte mit, er habe die Bundestagsverwaltung gebeten, ein Konzept für eine Gedenklesung zu erstellen.

»Bei der Lesung könnten z.B. Abgeordnete zusammen mit Künstlerinnen und Künstlern, Bürgerinnen und Bürgern aus den 1933 von den Nazis verbrannten Werken vortragen«, schildert Dagmar Enkelmann ihre Vorstellungen. Die Abgeordnete initiiert seit Jahren in ihrem Wahlkreis Lesungen der »Verbrannten Bücher« oder beteiligt sich an dieser inzwischen bundesweiten Aktion. Zwischen dem 10. Mai und dem 21. Juni 1933 waren im Zuge der Nazi-Aktion »Wider den undeutschen Geist« an vielen Orten in Deutschland öffentliche Bücherverbrennungen abgehalten worden, bei denen Werke mehrerer hundert Autoren vernichtet wurden.

MARGOT ZIEMANN

Altanschießerbeiträge kann es nicht geben – basta!

»Die Heranziehung der Altanschießer zu Anschlußbeiträgen ist ein verfassungsrechtliches Problem. Dieses bedarf einer gründlichen Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht selbst.«

Das ist die Auffassung von Rechtsanwältin Antje Demske, Mitautorin eines Gutachtens, das der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Professor Udo Steiner erstellt hat. Darin kommt Professor Steiner zu dem Schluß, daß »Altanschießer für Beitragszahlungen in der Zeit vor 2004 nicht mehr herangezogen werden können. Entscheidend für den Beginn der Verjährungsfristen sei der Zeitpunkt, in dem der Träger der Wasser- und Abwasserentsorgung eine Satzung erstmals in Kraft treten lassen wollte.«

Das ist klar und unmißverständlich. Es ist auch plausibel und logisch. Man muß nicht Jurist sein, um das zu verstehen. Aber die Regierung, ganz besonders offenbar die Landesregierung Brandenburg, braucht Geld. Sie hat eine Juristenkanzlei (ich vermeide bewußt die Bezeichnung Rechtsanwaltskanzlei) engagiert, die glaubt, einen Weg gefunden zu haben und die dafür gut, gar sehr gut bezahlt wird.

Der Zweck heiligt die Mittel. Solche Leute scheuen auch vor Rechtsbeugung und Rechtsbruch nicht zurück. Das scheint Regierungen in Deutschland eigen zu sein: Wir probieren es mal und wenn es nicht klappt, dann schieben wir den Schwarzen Peter den Verfassungsrichtern zu. Wir sind dann fein raus!

Nach dem gesunden Menschenverstand von Otto-Normalverbraucher, der nicht einmal über juristische Grundkenntnisse verfügen muß, schließen folgende Gründe zusätzliche Beiträge für Altanschießer aus:

Die Investitionen, für die man jetzt von den Altanschießern Geld haben will, sind seit Jahren abgeschlossen, die Anlagen aktiviert und in Betrieb. Beiträge könnten nur dann erhoben

werden, wenn man das den Altanschießern von vornherein gesagt hätte und wenn man dann innerhalb von vier Jahren eine entsprechende Satzung verabschiedet hätte, auf die man sich stützen kann.

Werden diese vier Jahre überschritten, dann ist die Angelegenheit verjährt, jedenfalls sagt das so die Abgabenordnung, immerhin ein Bundesgesetz.

Eine Vorschrift, daß die Verjährungsfrist erst dann beginnt, wenn eine rechtskräftige Satzung auf dem Tisch liegt ist natürlich nicht haltbar. Ein in dieser Weise »verbogenes« Landes-Kommunalabgabengesetz kann ein Bundesgesetz nicht aushebeln. Wir haben es ja erlebt. Diese »Hintertür« hat dazu geführt, daß plötzlich viele Zweckverbände in ihren Satzungen Mängel entdeckt und schnell eine neue Satzung verabschiedet haben, nur um noch kassieren zu können.

Die Beteiligung an Investitionskosten setzt voraus, daß eine entsprechende Kalkulation vorliegt. Wie will man nachträglich kalkulieren, denn es gab ja – vermutlich – eine Kalkulation, welche nur die neu angeschlossenen Grundstücke berücksichtigt hat. Wenn man die Kosten jetzt auf eine größere Zahl von Anschlußnehmern umlegen will, wie soll das funktionieren? Will man dann an die Neuanschießer das zu viel geforderte und eingemommene Geld zurückzahlen? Wie will man die Altanschießer zur Kasse bitten, die es gar nicht mehr gibt, etwa weil ihre Wohnblöcke, Stichwort Stadtumbau, inzwischen abgerissen wurden?

Beiträge sollen u.a. die Werterhöhung des angeschlossenen Grundstücks berücksichtigen. Oft wird eine solche Werterhöhung nur unterstellt, sie ist gar nicht nachweisbar und auch nicht realisierbar. Aber wo ist der Vorteil für

das Grundstück des Altanschießers? Ganz einfach: Es gibt ihn nicht, deshalb kann es auch keinen Beitrag geben.

Ganz wichtig, aber trotzdem bisher nirgends zu lesen: Alt- und Neuanschießer zahlen seit oft mehr als 15 Jahren für die Investitionen, denn in den Gebühren sind ja auch Abschreibungen kalkuliert und die sind üblicherweise in den sogenannte Grundgebühren enthalten. Nach 15 Jahren dürfte ein großer Teil der neuen Anlagen bereits abgeschrieben sein. Von dem für Abschreibungen eingenommenen Geld konnten Anlagen erneuert und erweitert und neue Anlagen errichtet werden. Die Grundgebühren werden – natürlich! – weiter in der bisherigen Höhe gezahlt, von allen! Damit ist die Forderung nach der Beteiligung der Altanschießer erfüllt. Wer jetzt noch zusätzlich Beiträge fordert, der will, daß doppelt bezahlt wird!

Das alles ist auch für Nichtjuristen einleuchtend und plausibel. Mögen nun Juristen nach Juristenart noch über Bestandsschutz und Vertrauensschutz und Regelungen von Grundlagenvvertrag und Einigungsvertrag philosophieren, echte und unechte Rückwirkungen und deren Zulässigkeit erörtern.

Sie werden immer zu dem gleichen Ergebnis kommen müssen: Beiträge für Altanschießer kann es nicht geben. Auch wenn die Landesregierung, verantwortlich für die Abwassermisere im Land und die immense Verschuldung der Aufgabenträger, sich noch so sehr wünscht, eine neue Geldquelle gefunden zu haben – die Durchsetzung der Forderungen ist nicht möglich. Selbst wenn sie einmal zu Recht bestanden haben sollten, jetzt sind sie verjährt. Gern zitiere ich hier einen Ex-Bundeskanzler und sage »basta«.

JOHANNES MADEJA

Spielplatz-Inspektion

Eberswalde (prest-ew). Derzeit werden werden die öffentlichen Spielplätze der Stadt Eberswalde wie in jedem Jahr einer Hauptuntersuchung unterzogen.

Im Interesse der Sicherheit auf den Plätzen kontrollieren die Mitarbeiter des Bauhofs regelmäßig den Zustand der städtischen Spielgeräte und Anlagen. Zudem führen unabhängige Sachverständige einmal im Jahr eine Hauptuntersuchung durch. In diesem Jahr inspiziert die Berliner Firma Spielplatzwartung.com die 57 Spiel- und Bolzplätze in städtischer Trägerschaft. Nach Abschluß der Inspektion wird ein ausführlicher Bericht über den Zustand der Spielplätze informieren, anhand dessen dann eine Prioritätenliste aufgestellt und abgearbeitet werden wird. Pro Jahr wendet die Stadt Eberswalde mehr als 33.000 Euro für Unterhaltung und Reparatur der städtischen Spielplätze auf. Deren Inspektion kostet in diesem Jahr knapp 3.400 Euro.

Neuer Eisenbahnstraßenkoordinator

Eberswalde (prest-ew). Beim Modellvorhaben zur Förderung der Eisenbahnstraße gibt es einen Personalwechsel. Nach dem Weggang von Nicky Nerbe wird ab dem 19. September Jan Schultheiß vom Berliner Planungsbüro Die Raumplaner das Projekt betreuen. Im September finden die Sprechstunden im Vor-Ort-Büro in der Eisenbahnstraße 30 donnerstags zwischen 17 und 19 Uhr statt.

Eine wichtige Aufgabe von Jan Schultheiß ist die Koordinierung und Vorprüfung des Aktionsfonds, über den lokale Akteure kleinteilige Maßnahmen und Mikroprojekte in der Eisenbahnstraße und angrenzenden Bereichen umsetzen können. Für das Jahr 2012 werden insgesamt 9.000 Euro zur Verfügung gestellt, im Jahr 2013 werden Projekte mit insgesamt 18.000 Euro unterstützt. »Wer Ideen für die Umsetzung von Maßnahmen und kleine Projekte hat, sollte seinen Antrag schnellstmöglich an das Koordinationsbüro schicken. Bisher haben lokale Ak-

teure großes Interesse am Aktionsfonds gezeigt und die Mittel sind begrenzt«, informiert Projektkoordinator Jan Schultheiß. Am 8. Oktober wird der Eisenbahnstraßen-Koordinator in der Bierakademie eine öffentliche Diskussionswerkstatt anbieten. Hierbei sollen die vorgeschlagenen Projekte diskutiert und ausgewählt werden. Das Quartier Eisenbahnstraße ist Teil des Bundesforschungsprogramms »Kooperation konkret, Experimenteller Wohnungs- und Städtebau«. Gemeinsam mit der öffentlichen Hand, den Immobilieneigentümern, den Gewerbetreibenden und den Menschen vor Ort soll versucht werden, neue Impulse zu setzen und die Attraktivität des Quartiers zu erhöhen, angefangen von der Verringerung des Gewerbe- und Wohnungsleerstandes über die weitere Sanierung von Gebäuden durch die Aktivierung der Eigentümer und die Nachnutzung von Schlüsselgebäuden bis hin zur Aufwertung des öffentlichen Raumes.

»Wildes« Gärtnern in Städten und Gemeinden

Ein neuer Trend ist zu vermelden: »Urban Gardening«. Dabei greifen Bürger zu Spaten und Harke und bepflanzen öffentliche Flächen in Kommunen und Städten. Sie versorgen sich mit Produkten aus »wild« angelegten Kleingärten oder Beeten und sorgen zugleich für ein besseres Stadtklima.

Nicht jede Bepflanzung von Brachen ist dabei legal. Inzwischen stellen jedoch sogar einige Kommunalverwaltungen Parzellen für das »urbane Bepflanzen« zur Verfügung. Auch Dachterrassen eignen sich laut Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hervorragend dafür. Ob in kleinen Gemeinschaftsgärten oder Kasten-Hochbeeten, gepflanzt werden können Obstbäume- und -sträucher, Gemüsepflanzen oder Ziergewächse. Kopfsalat, Radieschen, Küchenkräuter und Tomatensetzlinge lassen sich in Töpfen, Kisten, alten Waschubern, ausrangierten Badewannen oder Tonnen aufziehen. Grünflächen bilden Wasserspeicher, die bei Trockenheit das Naß an ihre Umgebung abgeben. Ein fachgerecht angelegter Dachgarten ist außerdem eine gute Isolation für das Haus und senkt die Heizkosten.

Auch die Häuserfassaden lassen sich ohne großen Aufwand mit Kletterpflanzen wie wilder Wein oder Efeu begrünen.

Im Herbst, der jetzt beginnt werden die Beete für kommende Bepflanzungen vorbereitet. Die Bodenfruchtbarkeit wird mit Kompost, Lehm oder Mist erhöht. Kalk und Sand lockern den Boden. Gründünger oder Mulch werden als Winterbedeckung aufgebracht. Frostbeständige Blumenzwiebeln und Knollen werden im Boden gelassen, beschädigte Pflanzenteile jedoch entfernt. Nicht winterharte Blumenzwiebeln sind kühl einzulagern. Wer Möhren, Schwarzwurzeln, Pastinaken oder Sellerie im Beet lassen will, sollte die Pflanzen mit einer ca. 20 Zentimeter dicken Laub- oder Strohschicht abdecken und mit Vlies gegen frostige Winde schützen. Petersilie und Schnittlauch in Töpfe gepflanzt können auf der Fensterbank überwintern. Das Abernten bei trockener Witterung vermeidet Schimmel oder Fäulnis. Sollte es draußen extrem kalt werden, müssen die Töpfe jedoch ins Zimmer geholt werden.

<http://www.bund.net/oekotipps>

Hibakusha – Reise auf die Insel des Glücks

So der Titel eines beeindruckenden Dokumentarfilms, der im Kulturhof in Bernau gezeigt wurde. Eingeladen dazu hatte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) ihre Fraktionskollegin Dorothee Menzner.

Sie, eine der Aktivistinnen der Anti-AKW-Bewegung aus Niedersachsen, die ein Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima, mit einem Dokumentarfilmer nach Japan gereist war, um sich vor Ort ein Bild von den noch immer nicht absehbaren Folgen zu machen und vor allem mit den betroffenen Menschen zu sprechen, ihnen Solidarität zu erweisen.

Im Film zu erleben sind Gespräche mit Menschen, die sich gegen die Atomkraft wehren und mit Expertinnen und Experten, die kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn sie die Ursache und die Schuldigen der Atomkatastrophe benennen. Dorothee Menzner hat mit vielen von ihnen gesprochen, dem Professor, der vor den anhaltenden Gefahren der Kernschmelze in den geborstenen Reaktoren warnt, mit dem 96jährigen Arzt, der die Katastrophe von Hiroshima überlebt hat und die offizielle Beschwichtigungspolitik der Atomkonzerne und der japanischen Regierung einen Skandal nennt, mit den Menschen, die wieder nach Fukushima zurückkehren, weil sie keine andere Wahl haben; aber auch mit Managern des Atom-Konzerns TEPCO, die noch immer behaupten, alles im Griff zu haben und der Politik die alleinige Verantwortung für die weitere Atompolitik zuschieben. Dabei sind 70 Prozent der Japaner, so Dorothee Menzner in dem anschließenden Gespräch, für den Ausstieg aus der Atomenergie, weil sie sich der Risiken in dieser vom Erdbeben gefährdeten Region inzwischen bewußt sind.

Der Widerstand gegen die Nuklearwirtschaft nimmt zu und wird breiter, berichtet Menzner. Selbst im japanischen Parlament habe sich nach langem Zögern eine Gruppe von Atomkraftgegnern aus allen Parteien gebildet, denen sie ihren Film zeigen konnte und mit denen sie ins Gespräch kam.

Die Bilder des Films machen betroffen. Die Begegnung mit Menschen, die aus reiner Profitgier, durch die Kumpanei von Politik und Atomlobby zu Opfern wurden. »Wenn das Haus brennt«, so eine der betroffenen japanischen Mütter, »läßt man die Kinder darin nicht zurück. Genau das aber wurde uns angetan«, ist ihre bittere Erfahrung. Sie machen bewußt, daß Kernenergie nur den immensen Gewinnen der großen Nuklearkonzerne dient. Für die Menschen aber ist die Atomtechnologie vom Abbau des Urans bis zur Entsorgung des Atom Mülls mit unabsehbaren sozialen und gesundheitlichen Folgen verbunden. Atomunfälle machen vor keiner Grenze halt.

Deshalb muß sich die Menschheit von dieser Technologie verabschieden, so Dorothee Menzner. Mehrheiten weltweit zu gewinnen, dafür will sie sich auch künftig solidarisch einsetzen. Im Herbst dieses Jahres wird sie eine Gruppe von japanischen Atomkraftgegnern in der Bundesrepublik begrüßen und sie mit der Politik des geplanten Ausstiegs und den Aktionen der Anti-AKW-Bewegung bekannt zu machen.

MARGOT ZIEMANN

Seen in öffentlicher Hand

Der Abschluß des Kaufpaketes über 65 Seen zwischen der BVVG und dem Land Brandenburg ist ein Durchbruch bei der Sicherung der Seen für das öffentliche Wohl. Die Gefahr, daß sich Geschäftsmacher diese Seen zulasten der Anwohner und Besucher unter den Nagel reißen, ist damit gebannt. Der öffentliche Zugang wird gesichert.

Außerdem gehen voraussichtlich 17 Seen aus dem Preußenvermögen in das Eigentum des Landes über. Für 36 Seen sollen Kommunen und Vereine Vorkaufrechte erhalten. Und über 50 BVVG-Seen wurden und werden im Rahmen des »Nationalen Naturerbes« an das Land oder gemeinnützige Träger übertragen. Auch diese Seen können nicht mehr privatisiert werden. Darüber hinaus plant die rot-rote Koalition im Zuge der Novellierung des Naturschutzrechts verbesserte Möglichkeiten für die Kommunen, Seeszugänge über Erholungssatzungen zu sichern.

Die gekauften Seen sollen im öffentlichen Eigentum verbleiben. Eine interministerielle Arbeitsgruppe prüft jetzt, welche öffentlichen Interessen bei den einzelnen Seen im Vordergrund stehen. Im Ergebnis soll festgelegt werden, welche Kommunen, Landkreise oder welche Ressorts der Landesregierung zukünftig über die einzelnen Seen verfügen sollen.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Der Wandertip

Vom Herthateich bis zur Schwärze



Vom Brandenburgischen Viertel in Eberswalde geht es über den Zoo in Richtung Spechthausen. Nach 200 Metern der Hinweis zum Herthateich, zum Fall und zum Fließ. Entlang des Herthafießes mit seinem mäanderartigen Verlauf gelangt man bis zur Schwärze. Gegen die Fließrichtung der Schwärze führt der Weg nach Spechthausen und von dort durch den Wald zurück ins Viertel. Läuft man mit der Schwärze gelangt man wieder zum Zoo und kann sich dann zurück zum Ausgangspunkt der Wanderung begeben.

Wem das zu wenig ist, der kann den Ausflug weiter entlang der Schwärze, bis zur Zainhammer Mühle und zum Forstbotanischen Garten ausdehnen. Weitere Informationen unter 03334/ 32971.

HANS-JÜRGEN MÜLLER

Ein kritischer Rückblick auf Olympia

von Dr. Helmut Koch

Während und nach dem Abschluß der olympischen Sommerspiele in London war in den Medien neben vereinzelter Kritik viel Lob über die deutschen Erfolge zu lesen und zu hören. Auch ich freue mich über jeden Erfolg deutscher Sportler in London und würdigere deren Leistungen. Das schließt jedoch keinesfalls eine kritische und reale Wertung der Ergebnisse aus.

Nach der Wende trat ein steiler Rückgang an Erfolgen in den olympischen Disziplinen für Deutschland ein, was im Interesse der Wahrheit und der notwendigen Schlußfolgerungen nicht diskret verschwiegen werden sollte.

Tatsache ist leider, daß nach der Wende 1992 in Barcelona noch insgesamt 82 Medaillen und davon 33 Olympiasiege erkämpft wurden, wobei Sportler aus der ehemaligen DDR einen sehr hohen Anteil hatten. Da sollten die 44 Medaillen und 11 Olympiasiege in London wohl eher zu einer kritischen Bescheidenheit Anlaß geben. Bemerkenswert ist auch, daß zu den olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul DDR-Sportler sogar allein 103 Medaillen und davon 37 Olympiasiege erzielten und den zweiten Platz in der Länderwertung belegten. Ähnlich gute Ergebnisse erzielten sie auch in den vorangegangenen Olympiaden.

Medien, Politiker und nicht zuletzt verantwortliche Sportfunktionäre der BRD versuchten in der Vergangenheit und teilweise auch noch gegenwärtig, diese Entwicklung mit dem globalen Totschlagargument Doping zu begründen und damit die Leistungen von DDR-Sportlern generell in Mißkredit zu bringen und herunterzuspielen.

Ich halte dieses Argument nicht nur für einseitig und populistisch sondern auch für falsch, weil es die Hauptursachen für Erfolge der

DDR-Sportler verschweigt, ganz abgesehen davon, daß auch in der BRD und international gedopt wurde. Ich halte es auch für scheinheilig, daß DDR-Sportler vor der Wende wegen Dopings verdammt und nach der Wende für die BRD als gesamtdeutsche Spitzensportler gefeiert wurden.

Ich glaube, daß die Hauptursachen für die Erfolge im DDR-Sport vor und auch nach der Wende ganz andere Gründe haben. In der DDR wurde auf der Basis eines breiten Massensports, beginnend in den Grundschulen systematisch nach einem Auswahlsystem Talente ermittelt und gefördert. Dazu wurden mit einem erheblichen finanziellen und materiell-technischem Aufwand in den Schulen und zentralen Sportzentren sehr gute Bedingungen für die Entwicklung des Leistungssports geschaffen, was mit der langfristigen Beschäftigung von fähigen Trainern verbunden war. In solchen Centern wurden gleichzeitig gute Bedingungen für die soziale und berufliche Entwicklung der Leistungssportler geschaffen, und zwar beginnend von der Grundschule über Abitur, Facharbeiterausbildung bis zum Hochschulstudium. Damit wurden neben dem Sport gleichzeitig gesicherte Bedingungen für die berufliche Zukunft während und nach dem Leistungssport geschaffen. Wichtig war auch die Anerkennung der Leistungssportler in der Ge-

sellschaft. Ein hervorragendes Beispiel ist der national und international hoch anerkannte Spitzensportler Täve Schur, der zum Mitglied der Volkskammer gewählt wurde.

Darin liegen die wahren Ursachen für die Erfolge des DDR-Sports.

Leider wurden solche Erfahrungen in der DDR von den Verantwortlichen im BRD-Sport nicht zum Anlaß genommen, Schlußfolgerungen zu ziehen. Alles wurde mit dem Dopingargument verdeckt und bestehende Einrichtungen und Strukturen in Frage gestellt und zum Teil sogar liquidiert. Die rückläufigen Ergebnisse im deutschen Sport sollten deshalb Anlaß sein, die Kleinstaaterei in den Sportstrukturen endlich zu beseitigen und systematisch zentrale Stätten für den Spitzensport zu entwickeln und auch finanziell und materiell-technisch auszugestalten. Das sollte in einer Zeit, wo dreistellige Milliardenbeträge für die Rettung der Banken ausgegeben werden auch finanziell möglich sein. Auch die menschliche und berufliche Entwicklung der Spitzensportler für Gegenwart und Zukunft sollte systematisch gefördert und nicht vorwiegend dem Markt und den Sponsoren überlassen werden. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die derzeitige negative Entwicklung im Spitzensport der BRD nicht nur aufzuhalten, sondern umzukehren.

Rentenversprechen

Dreist bricht die Bundesregierung ein Wahlversprechen: Nicht absehbar sei momentan die Umsetzung eines einheitlichen Rentensystem in Ost und West, erklärt sie unverblümt. Die Wahrheit ist: Die Bundesregierung hat seit Jahren nichts, aber auch gar nichts getan, um in Ost und West Rentengerechtigkeit herzustellen. Das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Älteren, sondern benachteiligt auf Jahrzehnte Millionen Menschen, die bis zum heutigen Tag bei gleicher Arbeit mit dem geringeren Rentenwert Ost abgespeist werden.

Wir haben mehrfach im Bundestag eine Angleichung des Rentenwertes Ost an West verlangt wie auch eine grundlegende Korrektur der Rentenüberleitung. Diese Initiativen sind ohne viel Federlesen bisher samt und sonders abgelehnt worden. Ich werde meiner Fraktion jetzt vorschlagen, zur Frage eines einheitlichen Rentensystems die Bundessozialministerin von der Leyen in die Fraktion einzuladen. Diese Antwort* der Bundesregierung darf nicht das letzte Wort sein. *Dr. DAGMAR ENKELMANN*

Neues aus dem Freistaat

Die Frauenkirche und die Toleranz

Seine privaten Angelegenheiten soll jeder regeln, wie er mag.

Eigentlich geht das keinen was an. Ob Kohl noch zu Lebzeiten seiner Frau was mit seiner Büroleiterin hatte – oder nicht; ob Willy Brandt sich im Wahlkampfsonderzug mit einer NDR-Redakteurin vergnügte – oder nicht; ob Pfarrer X. in Y. schwul ist – oder nicht: Mag das für BILD ein gefundenes Fressen sein und mögen sich Stammtischbesetzungen und Damenkränzchen auch darüber ereifern, im Grunde ist und bleibt dergleichen Sache der Betroffenen und Betroffenen. Öffentliche Moral hin und Sittenstrenge her.

Die Zeiten, da ein Parteitribunal über die Konsequenzen eines ehelichen Seitensprungs zu Gericht saß – »Genosse, nimm mal Stellung zu deinem Verhalten und erzähl mal ganz genau, was da vorgefallen ist...« – sind vorbei. Und weil wir heutigentags überall Westfernsehen reinkriegen, muß sich auch kein Lehrer oder Genosse Vater für den Empfang der Feindsender, bei dem sie erwischt worden waren, anprangern lassen.

Man mag über Joachim Gauck, seine Selbstverliebtheit und seine Reden, die ein Mißverhältnis zwischen Rededauer und faßbarem Inhalt prägt, denken, was man will. Wer daran was zu kritisieren hat, soll und darf es tun, wovon ja reichlich Gebrauch gemacht wird. Die Tatsache, daß er, obwohl nicht von seiner Angetrauten geschieden, eine neue Lebensgefährtin gefunden hat, ist und bleibt zwar nicht alltäglich, zumal für einen Pastor, aber ist keines Aufhebens wert. Und das ist auch gut so.

So fand auch die Dresdner Kirchenleitung nichts dabei, den in andauerndem Ehebruch lebenden Bundespräsidenten in der Frauenkirche auftreten zu lassen, begleitet von der Frau an seiner Seite, die nicht eigentlich seine Frau ist. Ein Beispiel lutherischer Toleranz, zweifelsfrei. Peinlich ist nur, daß einige Zeit vor der Visite Gaucks der damalige Pfarrer der Frauenkirche sein Amt losgeworden war. Was er getan hatte, sei mit dem Ruf und der Bedeutung des berühmten Gotteshauses nicht vereinbar. Der Mann hatte sich scheiden lassen...

Dr. STEFFEN PELTSCH

* Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage von D. Enkelmann, wie die Bundesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem einführen will.

Asyl und Einwanderung sind zweierlei

Der Kreistagsabgeordnete der Fraktion Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler Johannes Madeja berichtete jüngst von einem Besuch des zuständigen Kreisausschusses im Asylbewerberheim des Landkreises Barnim in Althüttendorf (BBP 7/2012). Die geschilderte Praxis läßt den Leser erschauern. Die dem Landkreis zugeteilten Asylbewerber werden weitab von der nächsten Siedlung als unselbständige und hilflose Personen behandelt, die ständig betreut werden müssen und deren Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist. Ihnen ist nicht erlaubt, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen, sie haben kaum Kontakte zu Menschen außerhalb des Heimes und damit auch kaum Gelegenheit, unsere Sprache zu lernen. Obwohl die Aufenthaltsdauer im Barnimer Asylbewerberheim eigentlich auf höchstens ein Jahr begrenzt ist, leben manche schon seit mehr als fünf Jahren dort. Der Kreistagsabgeordnete meint, das sei so gewollt und liege nicht zuletzt im Interesse der Unternehmen, »die mit und von der – staatlich finanzierten – Betreuung leben«.

Diese Ghettoisierung der Hilfesuchenden, nicht zuletzt, um Privatunternehmern ihren Profit zu garantieren, brandmarkt Johannes Madeja zurecht als »Asylmißbrauch«. Hier gilt es gegenzusteuern – da ist dem Kreistagsabgeordneten vollauf recht zu geben.

Der zweite Problemkreis, der in dem Artikel angesprochen wird, ist in der BRD gesetzegemacht. Es gibt keine Einwanderungsregeln, zumindest keine ausreichenden. Leider dringt Johannes Madeja nicht bis zu den Ursachen durch. Daher mißlingt ihm eine saubere Trennung der Problemkreise Asyl und Einwanderung.

Anerkannte Asylanten erhalten letztlich eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung in der BRD und damit die Möglichkeit, hier zu leben und zu arbeiten. Bei Wegfall des Asylgrundes werden die meisten wieder zurück in ihre Heimat wollen. Je nachdem, welche Bedingungen sie dort vorfinden, werden sie das in kürzerer oder längerer Zeit umsetzen. Andere haben sich aber vielleicht hier so stark integriert, daß sie sich entscheiden hierzubleiben. Warum sie deswegen »Deutsche« werden sollen, ist allerdings nicht einleuchtend. Das Recht, die BRD-Staatsbürgerschaft zu erwerben – oder vielleicht gleich eine EU-Bürgerschaft – sollten sie selbstverständlich haben.

Abgelehnte Asylbewerber werden in diesem Land über kurz oder lang gnadenlos des Landes verwiesen, teilweise wie Schwerverbrecher abtransportiert. Beim neuen Flughafen Berlin Brandenburg International in Schönefeld ist der Abschiebeknast das erste und bisher einzige, was fertig ist. Diese Abschiebepaxis wird durchgezogen, obwohl es viele Beispiele gibt, in denen diese Armen in ihren Heimatländern direkt nach Ankunft verhaftet werden oder gar umgebracht wurden.

Bei Einwanderern liegt die Sache anders. Zu diesen gehören die von Johannes Madeja angesprochenen Türken, die inzwischen teilweise in dritter Generation in der BRD leben. Diese Menschen wurden damals – nach dem »Mauerbau« war der Zustrom frischer Arbeitskräfte aus der DDR abgeebbt – angeworben, um den Arbeitskräftebedarf des »Wirtschaftswunderlandes« zu decken. Ein Dableiben war nicht geplant. Entsprechende Regelungen gab es nicht. Es ergab sich einfach, daß viele dieser »Gastarbeiter«, weil ihre Arbeitskraft gefragt war, dauerhaft blieben und ihre Familien nachholten. Doch seit den 80er und 90er Jahren änderte sich die wirtschaftliche Situation. Infolge der Intensivierung der Produktion reduzierte sich der Arbeitskräftebedarf, zumal ab 1990 die DDR-Bevölkerung wieder als Arbeitskräfte-reservoir zur Verfügung stand. Die Arbeitskraft der zweiten und noch weniger der dritten Generation der »Gastarbeiter« werden nicht mehr gebraucht. Versäumnisse in der BRD der 70er und 80er Jahre in Sachen Integration wirken heute für diese Menschen zum Nachteil.

Diese Zusammenhänge – ja, Zusammenhänge generell – hat Johannes Madeja leider nicht im Blick. Stattdessen werden Dinge vermengt, die nur wenig miteinander zu tun haben. Das hat sicher auch mit dem »völkischen« Staatsbürgerschaftsrecht der BRD zu tun, wo es keine Unterschiede zwischen Nationalität und Staatsbürgerschaft gibt. In den USA beispielsweise werden die Nachkommen von Einwanderern als US-Bürger geboren. In der BRD hingegen gelten noch die Enkel als Ausländer, selbst wenn die Kinder die einstige Heimat ihrer Eltern nur aus Reiseprospekten kennen.

Wenn dazu noch solche Plattheiten kommen, wie die, daß jene, die hier leben wollen, sich an die BRD-Gesetze halten müssen – das müssen auch die, die nicht hier leben wollen, aber hier sind – oder die Forderung, daß Einwanderer ihre Kinder so erziehen sollen, »wie deutsche Kinder auch« (wie ist das?) und schließlich mehrfach das Dauerklischee vom ausländischen Sozialschmarotzer bemüht wird, dann geht das nicht nur an den eigentlichen Problemen vorbei, sondern bedient ganz nebenbei eine Polemik, die oft in »Ausländer raus«-Rufen endet.

GERD MARKMANN

Der Abriß geht weiter

Eberswalde (bbp). Der Abriß im Brandenburgischen Viertel geht weiter. Im Oktober soll der seit längerem leerstehenden Wohnblock in der Kyritzter Straße gegenüber der Grundschule Schwärzese »zurückgebaut« werden. Der Abriß soll in den Herbstferien absolviert werden. Außerhalb der Ferien soll der Arbeitsablauf so organisiert werden, daß die lärm- und staubintensiven Arbeiten möglichst außerhalb der Unterrichtszeiten realisiert werden.

Bürgerschaftliches Engagement

»Im besten Sinne!«

Freiwilliges Ökologisches Jahr in der Kita

Auf Einladung der Kita SPUTNIK in Eberswalde besuchte der FDP-Landtagsabgeordnete Gregor Beyer am 13. August deren Waldwandergruppe, die seit 2008 besteht. Beyer zeigte sich sehr beeindruckt von dem pädagogischen Konzept und dem Engagement der zwei Erzieherinnen und der FÖJlerin.



Der Landtagsabgeordnete Gregor Beyer (FDP) mit der Waldwandergruppe der Kita »Sputnik« im Eberswalder Stadtwald.

Jeden Vormittag verbringen insgesamt 18 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren im Eberswalder Stadtwald. Die Kinder lernen nicht nur die unterschiedlichsten Aspekte des Waldes kennen, sondern lernen viel für ihre soziale und auch kulturelle Weiterentwicklung.

Von Anfang an war die Waldwandergruppe auf die Unterstützung von jungen Menschen im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres angewiesen. Dabei unterstützen die FÖJ-ler die Arbeit der Erzieherinnen, sind aber auch für die Realisierung eigener kleiner Projekte zuständig.

Das Freiwillige Ökologische Jahr bietet jungen Menschen nicht nur die Möglichkeit, sich im Natur- und Umweltschutz zu engagieren, sondern auch erste unterstützende Berufserfahrungen zu sammeln.

Bisher finanzieren sich die FÖJ-Stellen zu 75% aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und zu 25% aus Mitteln des BMFSFJ. Die aktuelle ESF-Förderperiode endet 2013. Daher muß die Landesregierung dafür Sorge tragen, daß in der neuen ESF-Periode genügend finanzielle Mittel im Landeshaushalt für die zukünftige Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres zur Verfügung stehen.

SERGEJ MATIS

Republikgeburtstag

Eberswalde (bbp). Anlässlich des 63. Jahrestages der Gründung der DDR veranstaltet die »Aktionseinheit Links« am Sonnabend, den 6. Oktober, um 10 Uhr, eine Matinee mit Prof. Dr. Herbert Meißner (DIE LINKE/Kommunistische Plattform) als Referenten. In einem Vortragsprogramm sollen »die Leistungen der Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik in 40 Jahren friedlicher Aufbauarbeit« gewürdigt werden.

Ort der Veranstaltung ist das Gebäude der Freien Oberschule Finow in der Biesenthaler Straße 14/15. Das »Aktionsbündnis Links« ist ein Basisbündnis von Mitgliedern der Linken, der DKP und der KPD in den Kreisen Barnim und Uckermark sowie der »Rotfuchs«-Regionalgruppe Eberswalde. Die Einladung richtet sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Sportbefragung

Eberswalde (prest/bbp). Ende August startete in Eberswalde per Post eine Befragung, wie die Bürgerinnen und Bürger Sport treiben oder sich fit halten. Die Ergebnisse sollen in die Eberswalder Sportentwicklungsplanung einfließen. Dies teilte die städtische Pressestelle mit. Insgesamt seien 4000 Briefe an zufällig ausgewählte Haushalte in der Stadt Eberswalde versandt worden.

Der Sportentwicklungsplan ist Teil der Stadtentwicklungsplanung Eberswalde 2020. Das Konzept für die künftige Sportarbeit, die Bereitstellung von Sportstätten und die Sportförderung soll am Bedarf ausgerichtet werden. Dabei rechnen die Planer mit einer Zunahme des individuellen oder privat, sprich: kommerziell, organisierten Sports. Daher sollen möglichst alle Mitwirkenden und am Sportbetrieb in der Stadt Interessierten an der Ausarbeitung beteiligt werden. Auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes soll dem Bewegungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger angepaßt werden und die aktive Fortbewegung im Stadtgebiet fördern. »Wir erhoffen uns hilfreiche Auskünfte, wie die Eberswalderinnen und Eberswalder Sport treiben und wie die Sportanlagen und Angebote dem besser angepaßt werden könnten. Daher wird gefragt, ob und welchen Sport die Bürger wo und in welcher Form treiben, wie sie die Qualität der Sportstätten, Sporträume und Angebote beurteilen und welche Sportarten sie zukünftig gern ausüben würden. Außerdem werden diejenigen, die in der Befragung angeben, keinen Sport zu treiben, nach ihren Gründen dafür gefragt«, erläutert der Erste Beigeordnete Lutz Landmann.

Die wissenschaftliche Ausarbeitung der Sportentwicklungsplanung auf Basis der Befragungsdaten leisten das Institut für Sport- und Bewegungswissenschaften der Universität Osnabrück und das Berliner Planungsbüro Gruppe Planwerk im Auftrag der Stadt. Die Osnabrücker zählen zu den renommierten Experten auf diesem Gebiet.

Gehäkelte Erinnerung

Den ganzen August durch wurde im EXIL an der Eisenspalterei gehäkelt. Anlaß war der Versuch, einen authentischen Ort nationalsozialistischer Verbrechen in seiner ganzen Ausdehnung zu markieren und damit ins Gedächtnis der Eberswalderinnen und Eberswalder zu rufen.

1944/45 befand sich an der Eberswalder Straße ein Barackenkomplex, der als Außenlager des KZ Ravensbrück diente. Etwa 800 Frauen, viele davon aus dem zerstörten Warschau, wurden hierher verschleppt, um ihre Arbeitskraft in den Ardetwerken auszubeuten.

Erhalten sind zwei Baracken, die heute der Initiative EXIL als Veranstaltungsort dienen. Im dortigen Ausstellungsraum existiert eine Text-, Bildausstellung (siehe www.eisenspalterei.de), die immer wieder Ergänzung durch Projekte erfährt. So wurden im vergangenen Jahr kleine Puppen gefertigt, für die die Puppe von Wanda Zatyb als Vorlage diente. Die Überlebende Wanda Zatyb hatte diese für eine Freundin als Erinnerung an das Leid und das Elend im KZ geschaffen.

Warum Häkeln? Viele kennen mittlerweile den Begriff guerilla knitting – gestricktes Graffiti. In Eberswalde umhäkelt die Kinder, Eltern und Erzieher der Freien Montessori Schule einen Ahornbaum vor ihrer Einrichtung, um auf dessen drohende Fällung aufmerksam zu machen.

Im EXIL waren es dann über 120 Menschen, die gehäkelt hatten. Beliebt war das Fingerhäkeln, bei dem so etwas wie eine Wollwurst entsteht. Diese Wollwürste dienten später der Umrandung der verschwundenen 11 Baracken. Zwischen den ehemals bebauten Flächen schnitten wir den Bewuchs. Die gestaltete Gesamtfläche umfaßt etwa 3 Hektar Brachland.



»Rotfuchs« diskutiert

Eberswalde (bbp). Die nächsten Veranstaltungen der »Rotfuchs«-Regionalgruppe Eberswalde finden am 13. und am 27. September, jeweils 14.30 Uhr, im »Café Waldhaus« in der Schönholzer Straße in Eberswalde statt. Am 13. gibt es zunächst eine offene Diskussionsrunde, deren Themen durch die Teilnehmer selbst festgelegt werden. Zwei Wochen danach referiert OMR Dr. Erhard Lehmann zum Thema »Das Gesundheitswesen in der DDR und in der BRD«. Der Vorstand der Regionalgruppe lädt die »Rotfuchs«-Leser sowie alle interessierten Bürger herzlich ein, mitzudiskutieren.



Besondere Widmung erfuhr der ebenfalls abgerissenen Bahnhof Eisenspalterei, der gegenüber dem Eingang zum Lager stand. Ein Ort, an dem sich die Angehörigen der deutschen Volksgemeinschaft und die zu (deren) Sklaven gemachten KZ Häftlinge begegneten. Hier und auf dem gesamten Gelände wurden Tafeln mit Aussagen der Überlebenden des KZ Eberswalde aufgestellt. Die Frauen waren, fast noch Kinder, ihren Familien entrissen worden und fanden sich in Hunger, Schmutz, Kälte und Elend wieder. Die Häftlinge halfen und bestärkten sich untereinander. Sie waren dem Terror ihrer Bewacherinnen und Bewacher und dem Haß der Deutschen ausgeliefert.

Dieser Haß existiert heute nicht mehr. Er gehört der Geschichte an. Eine Beschäftigung mit der Geschichte sind wir den Opfern und Überlebenden schuldig und uns selbst. Die Welt, in der wir leben, gründet sich auf unserer Geschichte.

KAI JAHNS

Fotoausstellungen

Eberswalde (bbp). Derzeit sind Fotos mit »Naturmotiven des Fläming« von Eva-Maria und Hans-Jürgen Müller im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 zu sehen. Die Ausstellung öffnet zu den Sprechzeiten des Kontaktbüros Soziale Stadt: dienstags zwischen 13 und 18 Uhr sowie donnerstags von 13 bis 16 Uhr oder nach Voranmeldung bei Cornelia Sprengel per Telefon: (03334) 81 82 45 oder Email: c.sprengel@telta.de. Noch bis zum 30. Oktober zeigen die beiden Amateurfotografen ihre Fotoausstellung zur »Finowkanalregion« in der ehemaligen Touristeninfo am Familiengarten.

Wann zieht die Grundschule um?

Eberswalde (bbp). Seit bald zehn Jahren wird über den Umzug der Grundschule Schwärzensee in das Gebäude des Oberstufenzentrums II in der Kyritzer Straße 29 geredet. Im Juni 2012 stand endlich die Entwurfsplanung für den Umbau des Beruflichen Gymnasiums zur Nutzung durch die Grundschule und den integrierten Hort »Kinderinsel« auf der Tagesordnung des zuständigen Fachausschusses für Bau, Planung und Umwelt. Doch die Stadtverwaltung zog die Beschlussvorlage überraschend zurück.

Auf Anregung des Ortsvorstehers des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn erläuterte Baudezernentin Anne Fellner auf der Einwohnerversammlung im Viertel am 15. August die Gründe der neuerlichen Verzögerungen.

Es habe sich herausgestellt, so Fellner, daß die geplanten Finanzen von 500.000 Euro nicht ausreichen, um die erwünschte Qualität hinsichtlich Klimaschutz und Barrierefreiheit zu erreichen. Im Juni hatten zudem die Bausachverständigen ihr Gutachten vorgelegt. Sie stellten Risiko in der Bausubstanz fest. Die Verwaltungsspitze habe deshalb dem Projekt eine »Atempause« verordnet. Denn es gehe, so die Baudezernentin, um eine »langfristige und nachhaltige Lösung für den Schulstandort im Brandenburgischen Viertel«. Nach aktuellem Stand müsse der Finanzrahmen für den Umbau auf 1,3 Millionen Euro erhöht werden.

Leider verzichtete die Baudezernentin auf verbindliche Aussagen zu den Terminen, wann nunmehr die Entwurfsplanung einschließlich der angepassten Finanzplanung in die Stadtverordnetenrentemien kommen.

»Der anhaltende Schwebezustand für die Grundschule 'Schwärzensee' und den angeschlossenen Hort 'Kinderinsel' am bisherigen Standort, bei ständig schlechter werdendem baulichen Zustand, erzeugt bei den Schülerinnen und Schülern und den dort Beschäftigten zunehmend Frustrationen



Schick sieht das ehemalige Gebäude des Beruflichen Gymnasiums in der Kyritzer Straße aus. Von außen zumindest. Wie sich nun herausstellte, gab der Landkreis nach rund 15 Jahren Nutzung marode Bausubstanz an die Stadt zurück.

und wirkt demotivierend«, sagt Ortsvorsteher Zinn. »Das ist auf Dauer nicht hinnehmbar. Deshalb gilt meine Bitte an Bürgermeister Boginski, sein schönes und ermutigendes Bekenntnis für die Zukunft des Brandenburgischen Viertels nicht zum Lippenbekenntnis verkommen zu lassen.«

Am konkreten Beispiel können »Nägel mit Köpfen« gemacht werden. Die Kinder, die Lehrkräfte, die Erzieherinnen und Erzieher sowie das technische Personal in der Grundschule »Schwärzensee« und im Hort »Kinderinsel« haben es mehr als verdient, zum Schuljahr 2013/14, spätestens aber zum Schuljahresbeginn 2014/2015, über eine moderne Schule mit zeitgemäßen Rahmenbedingungen zum Lernen und Arbeiten zu verfügen. Die Mitglieder der Fachausschüsse Bildung, Jugend und Sport sowie Bau, Planung und Umwelt und des Finanzausschusses sind ebenfalls aufgefordert zeitnah zur Sache initiativ zu werden.

»Ratschlag für eine solidarische Mobilität«

Das »Netzwerk Solidarische Mobilität«, ein neues Bündnis zu den Aspekten sozialer und ökologischer Mobilität, lädt zu einem ersten Ratschlag vom 12. bis 14. Oktober nach Berlin ein.

Im Rahmen des Ratschlags bietet die Bundestagsfraktion der Linken am 13. Oktober einen Workshop an, in dem wir die Frage des sozialen Ausschlusses und die Kämpfe um eine bezahlbare Mobilität für alle ins Zentrum der Debatte stellen. Ausgehend von den Sozialticket-Initiativen wollen wir hier überlegen, wie diese Erfahrungen für das »Netzwerk Solidarische Mobilität« produktiv genutzt werden können. Umgekehrt wollen wir aber auch diskutieren, ob Kampagnen für die Durchsetzung (entgeltfreier) Bürgertickets (wie in Erfurt) für Sozialticket-Initiativen neue Ideen und Chancen, z.B. in der Bündnisarbeit, bieten. Am 14. Oktober gibt es die Möglichkeit für ein Treffen zur weiteren Vernetzung der Initiativen. Hier

soll Platz sein für einen ausführlichen Erfahrungsaustausch, für die Auseinandersetzung über aktuelle Entwicklungen sowie für die Umsetzung der anstehenden Vernetzungsaufgaben (Betreuung/Fortführung der Webseite, der Mailingliste, der Treffen usw.).

Das Programm des gesamten Ratschlags findet ihr unter www.solimob.de/index.php/termine/ratschlag.

Der Ratschlag beginnt mit einer Einführungsveranstaltung am Freitagabend, ab Samstagvormittag gibt es gemeinsame Veranstaltungen und einzelne Workshops, der Ratschlag endet Sonntagmittag nach den verschiedenen Vernetzungstreffen.

CORINNA GENSCHEL

Fructidor

Fructidor, Fruchtmonat hieß der zwölfte Monat des Republikanischen Kalenders der Französischen Revolution, der am 18. August begann. Für den »Sommer in der Mühle 2012« in der Zainhammermühle war der August ebenfalls reich an »Früchten«.

So war am Sonntag, dem 12. August, eine ganz außergewöhnliche Veranstaltung zu sehen sein. Sechs Künstler des »rhizom e.V.« Berlin, in den Genres Bildende Kunst, Tanz, Musik und Video arbeitend, schöpfen aus dem ÜBER FLUSS des Ortes Zainhammermühle. Sie schauen und hören in die Natur rund um die Mühle und die inneren Räumlichkeiten, lassen sich dabei einladen, ihren Intuitionen zu folgen und einzelne Performances zu entwickeln. Die Zuschauer wurden zu einem Rundgang gebeten dem ÜBER FLUSS an Ideen und deren Umsetzung beizuwohnen.

Am Sonntag, dem 26. August, folgte endlich wieder mal eine Theateraufführung. Das Theater »Akzent« aus Eberswalde spielte »REVOLVER, LIEBE, ZUFALL«, ein Theaterstück nach J. Saunders »Ein unglücklicher Zufall«. Es handelt von Männern und Frauen, die weder miteinander noch ohne einander können. Kommt dann noch ein Revolver ins Spiel, nimmt der Zufall seinen Lauf...

Für Besucher, die gern selbst Hand anlegen wollen, gab es vom 30. August bis zum 2. September einen Schnitzkurs unter der Anleitung von Bildhauer Max Herrmann aus Breitenbrunn (Bayern) statt.

In der gesamten zweiten Augusthälfte lockte die Ausstellung »Gagarin in Afrika« von Frank Wiemeyer Besucher an. Seine Fotografien erzählen Geschichten und er erzählt Geschichten zu seinen Bildern. Frank Wiemeyer reiste 2006 und 2010 nach Afrika (Elfenbeinküste und Mali).

ECKHARD GROLL

Tierisch gut

Gemeinschaftsausstellung der Mühlenkünstler

**Vernissage der 105. Ausstellung
Sonnabend, den 15. September um 14.30 Uhr
in der Zainhammermühle**

Ausstellungsdauer vom 15.9. bis 7.10.

MÜHLENKUNSTVERSTEIGERUNG

Sonntag, 7. Oktober um 14.30 Uhr

Öffnungszeiten:

Sonnabend und Sonntag jeweils von 14.30 bis 18 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung unter Tel 03334/289580

die ODERDAMMIS

Hits der 50er, 60er, 70er, 80er, 90er, 00er, 10er, 20er live

22.9., 20 Uhr · Eberswalde · Zainhammermühle

Kleine Galerie: »Weg vom Zweck«

Eberswalde (prest-ew). Noch bis zum 7. November ist die Ausstellung »Weg vom Zweck« in der Kleinen Galerie der Stadt Eberswalde im Sparkassenforum an der Michaelisstraße 1 zu sehen. Die Eröffnung fand am 15. August in Anwesenheit des Künstlers Heinz Bert Dreckmann statt. Heinz Bert Dreckmann, gebürtiger Kölner und wohnhaft in Falkensee, ist Maler und Objektkünstler. Die ausgestellten Arbeiten bestehen aus Gegenständen des täglichen Bedarfs, die in humorvoller Weise umfunktionierte, zweckentfremdet und in einen neuen Kontext gestellt werden. Zu seinem Wirken sagt er: »In meinen Arbeiten geht es um eine neue

Wahrnehmung der spezifischen Oberflächen, Farben und Formen von Alltagsgegenständen. Die Potenzierung von Gebrauchsobjekten – sortenrein – und deren serielle Anordnung macht den Reiz der Arbeiten aus. Durch die Inszenierung der gewöhnlichen Dinge in ungewohntem Kontext entstehen poetische grafische Gebilde.«

Zu einem Werkstattgespräch mit dem Künstler lädt das Kulturamt am 18. September, um 17 Uhr ein. Führungen nach Voranmeldung im Kulturamt bei Kerstin Neidhardt, Telefon 03334/64418 oder per Mail: k.neidhardt@eberswalde.de. Näheres zu Heinz Bert Dreckmann: www.heinz-bert-dreckmann.de.

Pilzspaziergang mit einem Apotheker

Der Apotheker Peter Stegemann ist bereits seit 1968 Pilzsachverständiger in der Region um Bad Freienwalde und weiß gut über die gefährlichen und harmlosen einheimischen Pilze Bescheid. Die NaturFreunde freuen sich, mit ihm einen der wenigen Experten im Land Brandenburg für einen sicher sehr interessanten Pilzspaziergang gewonnen zu haben und laden dazu am 15. September alle Interessenten herzlich dazu ein. In den sehr abwechslungsreichen Sonnenburger Forst führt der Pilzspaziergang die Teilnehmer. Peter Stegemann wird mit Rat zur Verfügung stehen. Beim Kaffeetrinken in der Köhlerei kann weiter gefachsimpelt werden. Treff: 14 Uhr, Köhlereiparkplatz, Sonnenburger Straße 3c, 16259 Bad Freienwalde. Gebühren: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt Kin-



der, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpass Brandenburg kostenfrei. **BERND MÜLLER**



KULTURBAHNHOF FINOW

15.9., 20 Uhr: Tanzlaune im Bahnhof (Ü 30) Die InfoDisco mit DJ Roland legt auf und sorgt für permanentes Tanzvergnügen
19.9., 15 Uhr: »Bonjour Eberswalde!«,
10.10., 15 Uhr: Tanzcafé
17.10., 15 Uhr: Im Wald und auf der Heide Chorkonzert mit Eberswalder Chören – Änderungen vorbehalten – Karten + Vermietung: Kulturbahnhof Finow Tel. 03334-2779628

»Bonjour Eberswalde«

Eberswalde (bbp). Am Mittwoch, 19. September, heißt es um 15 Uhr im KULTURBAHNHOF FINOW »Bonjour Eberswalde!«. Französische Chansons, französische Lebensart und Leckereien – Jean-Luc Dancy – ein echter Franzose mit dem sprichwörtlichen Charme verzaubert mit legendären Liedern, Croissants und mehr... Es erklingen die großen Erfolge der Chanson-Legenden Gilbert Bécaud, Charles Aznavour, Adamo und Edith Piaf – »Nathalie«, »Milord«, »La vie en Rose« und »Überall blühen Rosen« sind die Dauerbrenner der frankophonen Hitliste. Nach diesem Entré sorgt die Spektraldiskotheek für beflügelnde Rhythmen und lädt bis 19 Uhr zum Tanz. »Ganz Paris träumt von der Liebe« – das steckt an!

Mitgliederversammlung

Der Verein Barnimer Bürgerpost e.V. trifft sich am 14. September, 16 Uhr, im Bürohaus Ulrich-Speicher (Fr.-Ebert-Str. 12), um den Vorstand neuzuwählen, die Finanz- und Arbeitspläne für das Jahr 2012 zu beschließen und über die weitere Zukunft zu beraten.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum) _____

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/ und ../bbp-blog/
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Jahns (2), Lindner, Matis, Markmann (4), B. Müller, H.-J. Müller
drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 6. September 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4.10.2012, 12 Uhr.